6. Jahrgang — Nr. 55

Montag, 6. März 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung für Halle und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Telephon Nr. 6802. Eisleben 302. Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr, Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eisleben Redaktion wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Meldungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit auf telephonischem wie auch auf schriftlichem Wege von der Redaktion entgegengenommen.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Märchenstraße 27. Fernruf-Nummer 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis monatlich 10,50 Mk. und 1,50 Mk. Zustellungsgebühr oder wöchentlich 3,00 Mk. Durch die Post einschließlich der Zustellungsgebühren 12.— Mk. Für Abholer an den Ausgabestellen 11.— Mk monatlich. Einzelnummer 60 Pfg. Anzeigenpreise: im Textteil 6.— Mk. einschließlich der Anzeigensteuer. Auftraberinnin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden in allen Fällen von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung.

Her mit der Demokratisierung!

In Mitgliederversammlungen der Parteivereine, auf unzähligen Gemeindevertreter- und sonstigen Konferenzen, und besonders in den Funktionärsitzungen der Partei ist von Gegnern der Koalitionspolitik in unseren Reihen leider nicht mit Unrecht hervorgehoben worden, daß unsere Partei in der jetzigen Koalition nur den Prügelknaben für alles Ungemach hergebe, das die Erfüllungspolitik der Regierung Wirth notwendigerweise im Gefolge haben müsse. Den Regierungen der Reichs- und der preußischen Staasrepubliken fiele es auch im 4. Jahre nach der Revolution gar nicht ein, in den einzelnen Landesteilen unsere Partei entsprechend ihrer Stärke an der Regierung und Verwaltung zu beteiligen.

Einem energischen Versuch zur Abstellung dieses Mißstandes konnten sich die Leitungen unserer Parteiorganisationen nicht länger entziehen, weshalb der Vorstand des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt, als die stärkste Parteivertretung in unserer Provinz, zur Erörterung dieser Zustände zum 26. v. M. die Leitungen der drei Provinsbezirke zu einer

Konferenz in Halle

berief. Nach eingehender Besprechung der gesamten politischen Lage mit den immer unerträglicher werdenden Teuerungsverhältnissen, mit ihren naturnotwendig folgenden Lohnbewegungen und Streiks, und dem dadurch wieder geschaffenen Nährboden für Putsche wurde einmütig betont, daß alle diese Erscheinungen zum nicht geringen Teil in der völlig unzulänglichen Vertretung unserer Partei in den Regierungs- und höheren Verwaltungsstellen ihre Ursache fänden. Die Statistik, veröffentlicht im Jahresbericht des Sch. Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt entfielen bei den Preußenwahlen im Februar v. J. beispielsweise im Regierungsbezirk Magdeburg auf die drei sozialistischen Parteien 52,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Würde die USP. keine Negationspolitik treiben, hätten die sozialistischen Parteien dieses Bezirks kraft ihrer Stärke nach demokratischen Grundsätzen allein Anspruch auf Besetzung über die Hälfte aller in Frage kommenden Stellen in der Regierung usw. Aber auch unter der Selbstausschaltung der beiden auf der äußersten Linken stehenden Parteirichtungen verfügen die jetzigen drei Koalitionsparteien in genanntem Bezirk über 54 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Freistaat Anhalt ist das ungefähr gleiche Verhältnis zu verzeichnen, das sich dort noch zugunsten unserer Partei verschiebt.

Wie sieht nun dies Prozentverhältnis gegenüber demjenigen im Verwaltungsapparat aus? Von 39 Landratsstellen in der Provinz sind einschließlich zweier der USP. nur 16 sozialdemokratisch besetzt. In Anhalt von 5 sogar nur eine. Nicht zu reden von der minimalen Besetzung der Amtsvorsteherstellen in den unzähligen Gemeinden.

Sehr eingehend beschäftigte sich die Konferenz mit der Besetzung der höheren Verwaltungsstellen in der Provinz. Festgestellt wurde hierbei, daß

die preußische Regierung auch heute noch nicht die Sozialdemokratische Partei als vollberechtigte Koalitionspartei behandelt.

So gehören von den etwa 50 Kreisschulräten ganze drei der soz. Partei an. In keiner der drei Regierungen ist ein Sozialdemokrat vorhanden. Die Vertreter der Regierungspräsidenten und die Leiter der Schulabteilungen bei denselben sind ausgesprochene Reaktionäre. An der Spitze des fast ausnahmslos proletarischen Bezirks Merseburg steht immer noch der deutschnationale Regierungspräsident v. Gersdorff, und einsam und verlassen sitzt der Genosse Hörsing als Chef des Oberpräsidiums in Magdeburg. Vom Bezirksvorstand Magdeburg der Partei ist letzterer wiederholt auf diesen unhaltbaren Zustand aufmerksam gemacht, — leider immer ohne Erfolg.

Die Konferenz beschloß, mit allem Nachdruck beim Parteivorstand dafür einzutreten, daß dieser auf die Reichs- und Staatsregierungen einwirkt, daß die Beamtenstellen entsprechend der Stärke unserer Partei mit Sozialdemokraten besetzt werden. Die preußischen Regierung muß sofort das Unhaltbare der jetzigen Lage dargelegt und es muß die Besetzung des Regierungspräsidentenpostens in Merseburg, wie mehrerer Regierungsrats-, Regierungsschulrats- und Kreisschulratsstellen bei allen drei Regierungen mit Sozialdemokraten gefordert werden. Es muß den in Betracht kommenden Stellen mit aller Offenheit klar gemacht werden, daß die SPD. als stärkste Partei nicht gewillt ist, sich noch länger als Bittende behandeln zu lassen, sondern ihr volles Recht fordert.

Um unserem Vorgehen wirksameren Nachdruck zu verleihen, wird einmütig die Gründung einer Organisation als notwendig erachtet, die die ganze Provinz einschließlich Anhalt umfaßt. Unter dem Namen

Sozialdemokratischer (SPD.) Parteiverband der Provinz Sachsen

schließen sich die sozialdemokratischen Bezirksverbände Magdeburg, Halle und der Erfurter Teil des Thüringischen Bezirks in diesem Verband zusammen. Die Leitung dieser neuen Parteiorganisation wurde dem Magdeburger Bezirksvorstand übertragen. Ein Ausschuß von 7 Genossen (Magdeburg 3, Halle und Erfurt je 2, darunter die Redakteure der Parteiblätter vorgenannter Städte) überwacht die Geschäftsführung des Provinzialverbandsvorstandes.

Aufgabe der Parteivereine der Provinz muß es nun sein, in Mitgliederversammlungen, Parteifunktionärsitzungen und -Konferenzen die Beteiligung unserer Partei an der Verwaltung analog unserer Stärke in Entschließungen zu fordern und diese zu richten an das

Sekretariat des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt, Magdeburg, Neue Theaterstr. 2.

Dieses wird es sich zur Aufgabe machen, beim Parteivorstand die Forderungen der Genossen unserer Provinz zur Geltung zu bringen. Von dort aus muß im preußischen Landtag und event. von der Tribüne des Reichstages aus der notwendige Druck auf die Staats- und Reichsregierung ausgeübt werden, damit die in den Verfassungen verankerten demokratischen Grundsätze der Republik nicht länger eine Farce bleiben.

Zum Schluß beschäftigte sich die Konferenz noch mit der verlogenen und wüsten Hetze der Deutschnationalen gegen sozialdemokratische Beamte. Daß Volksparteiler und Kommunisten um die Wette sich an dieser Hetze beteiligten, sei kein Wunder, unterstützten die letzteren doch dauernd und in jeder Beziehung die Reaktion gegen die Sozialdemokratie. Die Hetze gegen den Polizeidirektor von Halle, den Genossen Dölz, die in der verlogensten und niedrigsten Weise betrieben wird, wurde als ein Bubenstück gebrandmarkt, das nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann.

In der Hoffnung, daß dem Provinzialverband gute Erfolge beschieden sein mögen, fand die Konferenz ihre Beendigung.

⊙ **Flensburger Gemeindewahlen.** Bei den Gemeindewahlen erhielten die Dänen 1049 Stimmen (7 Sitze), die Deutschen 871 (6), die Sozialdemokraten 651 (4). Die bisherige absolute dänische Mehrheit ist damit beseitigt worden.

○ **Ebert an Ledebour.** Reichspräsident Ebert hat dem Reichstagsabgeordneten Ledebour, der bekanntlich kürzlich verunglückt ist und einen Unterschenkelbruch davongetragen hat, seine Anteilnahme bekundet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Krankenlager Ledebours nicht von langer Dauer sein werde. Das Befinden des Abgeordneten gibt zu Besorgnissen keinerlei Anlaß.

Die Toten des Weltkrieges.

Ruf des Kriegsgräberfürsorgers.

Gedenkfeier des Volksbundes deutscher Kriegergräberfürsorge.

Berlin, 6. März. In dem großen Sitzungssaal des Reichstages veranstaltete am Sonntag mittag der Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge eine Gedenkfeier für unsere im Weltkriege Gefallenen. Dem Mittelpunkt der stark besuchten, von großer einheitlicher Stimmung getragenen und dabei künstlerisch überaus hochstehenden Feier bildete eine ergreifende

Ansprache des Reichstagspräsidenten Loebe,

in der er u. a. sagte: Noch sind die Wunden des Krieges nicht vernarbt. Noch ist der Haß nicht gestorben. Noch ruht auf dem Rücken der Völker die unermeßliche Last, die er hinterließ. Aber die Ehrung derjenigen, die in der Schlacht gefällt wurden, die nach langer Qual der Tod erlöste, kann uns niemand verwehren. Es wird in dieser ernsten Huldigung ein gemeinsames Band sich schlingen um viele Seelen, denen dasselbe Leid widerfahren ist und wird dies Band auch ausdehnen auf die Mütter an der Wolga und am Tiber, deren Schmerz um den nicht mehr heimgekehrten Sohn nicht minder weh ins Herz sich fraß, als der der Mütter an der Donau und am Rhein. Ein Volk, das seine Toten ehrt, ehrt sich selbst und überwindet die herben Vorurteile von Gefühllosigkeit und Barbarentum, die eine ganze Welt gegen uns geschleudert. Leiden zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch Tote zu ehren, Verlorene zu beklagen, bedeutet Abkehr vom Haß, bedeutet Umkehr zur Liebe, und unsere Welt hat die Liebe ja nötig. Selbstbesinnung und Einkehr für den einzelnen, für die Welt, für die Menschheit möge sie ausgehen von dort, wo man den „unbekannten Soldaten" mit hohen Ehren bestattete, möge sie ausgehen von uns, die wir mit weniger Geprängen, aber nicht weniger Innigkeit der bekannten und der unbekannten Opfer gedenken.

Militärisches Eingreifen der italienischen Regierung.

Fiume, 6. März. Der nationale Verteidigungsausschuß für Fiume hat die italienische Regierung gebeten, unverzüglich Bestimmungen zu treffen, damit die Sicherung der öffentlichen Ordnung von Carabinieri und italienischen Truppen übernommen und ein Vertreter der italienischen Regierung nach Fiume zur Uebernahme der Verwaltung des Stadtgebietes entsandt werde. Nach Blättermeldungen sollen während der Kämpfe fünf Personen getötet, neun schwer verwundet und etwa vierzig leichter verwundet worden sein.

Rom, 6. März. Wie die Agenzia Stefani mitteilte, ist die italienische Regierung fest entschlossen, alles anzuwenden, um in Fiume wieder normale Verhältnisse zu schaffen. In einer Sitzung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten erkannten auch die Abgeordneten Giurati und de Stefani, die zu den einflußreichsten Faszisten gehören, die Notwendigkeit der Einführung friedlicher Verhältnisse an und versprechen sich dafür einzusetzen.

Churchills Kampfansage.

Politische Schlacht gegen die Kommunisten? — Für eine „starke, geeinigte, nationale Partei".

London, 6. März. Winston Churchill sagte in einer Rede in Lougtsborough: Es wird sicher in nächster Zeit eine politische Schlacht geschlagen werden, in der gegen die wachsende Macht des Kommunismus gekämpft werden muß. Wenn man das versäumte, so würde man einer Partei Platz schaffen, deren Politik dem Zusammenhalt des britischen Reiches schädlich wäre. Churchill sprach die Erwartung aus, daß aus der Koalition eine starke, geeinigte, nationale Partei entstehen werde. Ueber die auswärtige Politik sagte Churchill: Unser Einfluß war niemals größer, weil wir stetig eine Politik der Festigkeit und des Friedens befolgten, weil wir uns bemühten, die Gefühle der Rache gegen ein geschlagenes Land zu mildern und soweit wie möglich einen Wiederaufbau der Wirtschaft in Mitteleuropa, von dem das Gedeihen Großbrittanniens so sehr abhängt, sicherzustellen.

*

Die Ausführungen Churchills lassen erkennen, daß man in England in Kürze mit Neuwahlen rechnet.

Der erste Schritt zum Hinauswurf der sozialistischen Pfarrer aus der evangelischen Landeskirche.

Das apostolische Bekenntnis die Grundlage der Arbeit in der Kirche.

Berlin, 6. März. Der Ausschuß der Generalsynode hat mit 23 gegen 18 Stimmen bei einer Stimmenthaltung eine Fassung für die Einleitung der Kirchenverfassung abgeschlossen, wonach die evangelische Kirche auf dem in der heiligen Schrift gegebenen Evangelium von Jesu Christo stehe, wie ihn die Bekenntnisse der Kirche, insonderheit das altkirchliche apostolische Glaubensbekenntnis, das augsburgische Bekenntnis, der kleine Katechismus Luthers und der Heidelberger Katechismus bezeugen und betonen. Dies Evangelium sei die Grundlage für die Lehre, Arbeit und Gemeinschaft der Kirche.

*

Der vorstehende Beschluß ist der Auftakt zu dem großen Hinauswurf der sozialistischen Pfarrer aus der Landeskirche, die — soweit uns bekannt — das sogenannte apostolische Glaubensbekenntnis in der Mehrzahl ablehnen. Der vorstehende Beschluß ist uns aber auch ein Beweis dafür, daß die Generalsynode, dieser deutschnationale Pfarrer-Verein, in Zukunft keinen Anspruch auf die Steuern der noch der Landeskirche angehörenden Sozialisten erheben will.

Französische Sorgen um den Schutzvertrag mit England

Wenn Lloyd George zurücktritt. . .

Paris, 6. März. „Temps" schreibt zu einer Besprechung des Observer, wonach Frankreich nicht auf den Abschluß des französisch-englischen Schutzvertrages rechnen könne wenn Lloyd George zurücktrete, entweder wolle die große Mehrheit des britischen Volkes den Pakt wie das französische Volk dann werde die britische Regierung ihn unterzeichnen, oder aber das britische Volk in seiner großen Mehrheit bleibe gleichgültig dann werde auch kein Personenwechsel es dahin bringen daß er mit Ueberlegung angenommen werde.

Bedrohung der Pressefreiheit.

Belgrad, 6. März. Infolge unqualifizierbarer Angriffe einzelner Presseorgane gegen politische Gegner und selbst bereits verstorbene Familienmitglieder beschloß die Regierung, in der Skupschtina dringlich eine Pressegesetznovelle einzubringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220306-19/fragment/page=0001

Der Mansfelder Streik und die kapitalistischen Söldner.

Die „atemlose" sozialdemokratische Presse.

St.-H. **Eisleben**, 6. März.

Am Sonnabend unternimmt es die Eisleber bürgerliche Presse, wie eine Hyäne des Schlachtfeldes den im Kampf gestandenen Mansfelder Bergarbeitern allerlei „Liebenswürdigkeiten" nachzuwerfen. Sie kann für sich in Anspruch nimmern, als diese Darstellung über den Streik nicht eigene Arbeit ist, sondern aus den sie mit dem Mansfeld-Syndikat verbindenden Kanälen herrührt. Das gibt das „Eisleber Tageblatt" offen zu, während sich die „Eisleber Zeitung" auf die kommentarlose Wiedergabe dieser „Direktionsarbeit" beschränkt. Das „Tageblatt" hat nebenbei noch die Freundlichkeit, die „atemlos" gewordene sozialdemokratische Presse zu apostrophieren. Diese Bemerkung, die dem seit den Vorgängen im Eisleber Stadtparlament ramponierten Geisteszustand dieser Bourgeois-Klopffechter entspringt, ist ein Bestandteil der in der letzten Zeit gegenüber der Sozialdemokratie entfalteten ziellosen Hetze und kennzeichnet die geradezu grenzenlose Wut, die in jenen Kreisen über das ruhige aber systematische Vorgehen der Sozialdemokratie vorhanden ist. Diese Wut wird sich noch steigern bei dem positiven Bekanntwerden der Tatsache, daß für die Besetzung der Oberbürgermeisterstelle in Eisleben Kräfte zur Verfügung stehen, die dem jetzigen Inhaber dieses Postens an Talent und Fähigkeit nicht nachstehen. Damit wird ein schwerer Aktivposten in der bürgerlichen mitunter recht schmutzigen Waffenkammer wegfallen und die Bahn ist frei zu einer dem Allgemeinwohl dienenden Entwicklung. Einer Entwicklung, die auch nicht durch bürgerliche Hinterlist und Tücke aufgehalten werden kann. Nun zu dem Sonnabend-Artikel.

„Zur Aufklärung".

In der ihm zur unbeschränkten Verfügung stehenden Eisleber Presse verbreitet ein Schmock der Mansfelder Gewerkschaft eine „Zur Aufklärung" überschriebene Mitteilung, die als umso unehrlicher zu bezeichnen ist, als anzunehmen ist, daß sie von einem Teilnehmer der in Frage kommenden Verhandlungen am 15. Februar entweder selbst geschrieben oder in die Maschine diktiert erscheint. Das Ganze hat natürlich nur den Zweck, den verhaßten Organisationen eins auszuwischen, und man spekuliert dabei auf diejenigen, die bekanntlich nicht alle werden. Vor allen Dingen müssen wir dem Artikelschreiber zurufen: „So dumm, wie die Arbeiter von Ihnen eingeschätzt werden, sind sie glücklicherweise nicht." Sie wissen ganz genau, daß die Lohnerhöhung nicht für eine, sondern für zwei Lohnbewegungen gilt. Sie wissen aber auch weiter genau, daß der Schlußsatz, daß das Errungene der Arbeiterschaft auch ohne Streik in den Schoß gefallen sei, eine ganz

elende Heuchelei

ist, denn wenn das wirklich wahr wäre, so hätte die Mansfelder Gewerkschaft ein Verbrechen an der Arbeiterschaft begangen und der Streik hätte sich tatsächlich vermeiden lassen. Der Schlußsatz, beginnend „Die Manöver" trifft vollkommen auf den Artikelschreiber zu, denn er ist mit keinem Wort auf die in Frage kommende Verhandlung am 15. Februar eingegangen. In dieser Verhandlung wurden die Forderungen der Arbeiter, nicht etwa die der Organisationen, als indiskutabel bezeichnet; die anwesenden Arbeiter und Organisationsvertreter konnten gar nicht anders, als zu erklären, daß sie von den Forderungen nichts ablassen könnten, denn sie mußten erst die Meinung der anderen Belegschaftsvertreter kennen, was aber unterblieb der Mansfelder Gewerkschaft klar war, den Kampf abzuwenden, so konnte sie genau wie in früheren Fällen ein Angebot machen, das als Basis für weitere Verhandlungen geeignet war. Das hat man also nicht getan, hat vielmehr wenige Tage darauf durch Aushang auf den Werken und durch die Presse ein Angebot von

6 Mark pro Schicht

gemacht. Wenn nun der Schiedsspruch die Forderungen bei weitem nicht erfüllt, so hat er doch ein Mehr von 5 Mark pro Schicht über das Angebot der Gewerkschaft gebracht. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben den Schiedsspruch fast einstimmig abgelehnt, weil eben die Gewerkschaft am 15. Februar erklärte, daß sie auf weitere Forderungen, wie sie gerade die Märzforderungen waren, nicht eingehen könne. Vielleicht wird man sagen, es waren ja noch gar keine formulierten Forderungen eingereicht! Aber Schreiber erwähnter Pressenotiz schreibt doch, es wäre dies alles auch ohne Streik gekommen. Hier ist doch die Frage erlaubt, warum hat man es dann nicht bei den ersten Schiedsgerichtsverhandlungen gesagt, dann wären vielleicht eine ganze Reihe weniger Streiktage zu verzeichnen gewesen. Aber die Arbeiterschaft kennt ja aus der Vergangenheit, wie das Freiwilliggeben der Gewerkschaft aussieht, so hat z. B. während der Kriegszeit ein 15jähriges Mädchen beim Geschoßdrehmachen auf Grund ihrer Organisation fast noch einmal soviel wie ihre Väter und Brüder, die bei der Gewerkschaft arbeiteten, verdient.

Weil nun, wie schon oben gesagt, die Arbeiter den Schiedsspruch nicht annehmen konnten, versuchten die Vertreter der Mansfelder Gewerkschaft, auf andere Weise zum Ziele zu gelangen. Man rief das Arbeitsministerium an, um den Schiedsspruch für rechtsverbindlich erklären zu lassen. Man kalkulierte, wenn die Rechtsverbindlichkeit ausgesprochen wird, muß die Arbeit wieder aufgenommen werden. Nur hierbei konnte von den Vertretern der Arbeiter dem Schachzug entgegengewirkt und neue Forderungen für den Monat März erhoben werden. Daß hierbei nun ein Gesamtresultat erreicht, das weder Organisation noch Arbeiterschaft befriedigt hat, braucht uns der Artikelschreiber nicht zu sagen. Das haben beide Teile mit aller Offenheit erklärt. Wenn der Kampf abgebrochen wurde, so nur mit der Voraussetzung, daß er zu gegebener Zeit (nicht wenn es dem Arbeitgeber paßt) wieder aufgenommen wird.

Was es mit dem

Freiwilliggeben der Unternehmerschaft

im Allgemeinen auf sich hat, beweisen die Tatsachen, daß die Bergarbeiter in den anderen Erzbergbaubezirken Deutschlands heute noch auf die Lohnerhöhung für den Februar warten. Sie wissen aber auch aus der Vergangenheit, wenn von Arbeitnehmerseite ein Schiedsgericht angerufen wurde, wie es die Arbeitgeber verstanden, den Schiedsspruch recht lange hinauszuschieben.

Aus dem ganzen Geschreibsel lugt der Haß gegenüber den Organisationen heraus. Im ersten Teil kann man einen scharfen Vorwurf herauslesen, daß der Streik zu früh abgebrochen wurde; der Schreiber des Artikels hätte vielleicht lieber gesehen, der Streik wäre bis zum Weißblut ne weiter getrieben, um dadurch die Arbeiterschaft mürbe und ihren Plänen gefügiger zu machen. Im letzten Teil zieht man dann scheinheilig einen Schluß und lügt den Arbeitern bewußt etwas vor, von dem man genau weiß, daß es nicht wahr ist. Man nennt ein solches Verfahren im gewöhnlichen Leben unehrlich!

Einige Fragen.

Einige Fragen erlauben wir uns noch: Ist über all dieses Geschreibsel der Generaldirektor Dr. Heinhold unterrichtet und billigt er dieses? Ist auch er der Auffassung, daß der Streik von den Organisationen frivol heraufbeschworen sei? Wenn ja, müssen es die Arbeiter lebhaft bedauern! Denn es bewiese nur, daß er genau wie seine Vorgänger sich von Leuten unterrichten läßt, die aus rein persönlichem Interesse ihm Dinge unterbreiten, die mit der Wirklichkeit auch nicht die geringste Aehnlichkeit haben.

Der Kampf ist musterhaft geführt. So geschlossen die Arbeiter aus den Betrieben herausgingen, gingen sie auch wieder hinein. Gerade dieser Umstand erregt den Haß der ganzen Scharfmacher. Man muß sich leicht eingestehen, daß die Arbeiterschaft bis auf ganz wenige es ablehnen, sich von ihrer Seite führen lassen; darum auch diese grenzenlose Wut, die sich in oben gekennzeichneter Weise offenbart. Der denkenden Arbeiterschaft aber rufen wir zu: **Vergeßt die Vergangenheit nicht! Zieht aus ihr die Folgerungen für Gegenwart und Zukunft!**

Die Eisleber bürgerliche Presse aber, die sich seit geraumer Zeit in der erbärmlichen Rolle gefällt, Einrichtungen und führende Persönlichkeiten der Republik in einer niedrigen Art und Weise herabzuwürdigen, macht sich auch diesmal zum Sprachrohr von Männern, denen alles andere denn eine aufwärtsstrebende Arbeiterbewegung angenehm ist. Es wird und muß einmal der Zeitpunkt kommen, an dem die Arbeiterschaft auch hieraus eine Lehre zieht und diesen schmutzigen Tempeldienern des Kapitals die gebührende Antwort gibt.

Das Schutzpolizei-Gesetz.

Die P. P. N. teilen halbamtlich mit:

Das preußische Schutzpolizeigesetz, das zugleich die Versorgung der Beamten regelt und sicherstellt, ist soeben den preußischen Staatsministerium zugegangen. Die baldige Verabschiedung dieses Gesetzes ist eine dringende Notwendigkeit, da gegenwärtig tatsächlich eine Anzahl von Unterbeamten den Dienst verlassen hat, weil sie anderweit besser bezahlte Stellungen erhalten können, besonders aber deswegen, weil es einstweilen an einer Sicherstellung der Schutzpolizei fehlt.

Sobald eine endgültige Sicherstellung der Schutzpolizeibeamten erfolgt ist und der Staat auf diese Weise starke Bindungen ihnen gegenüber auf sich genommen hat, muß auf der anderen Seite auch eine verstärkte Bindung der Beamten an den Staat eintreten, da sonst die Gefahr eines ständigen unberechenbaren Abganges besteht, der nicht nur den der Entente gegenüber eingegangenen Verpflichtungen widerspricht, sondern auch die Regierung in Zeiten besonderer Spannung in die Gefahr bringt, daß die Schutzpolizei durch plötzliches Abströmen von Beamten außerstande gesetzt wird, die Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Selbstverständlich kann eine Strafbestimmung die im übrigen von den verschiedensten Seiten, von anderen deutschen Ländern, von preußischen Behörden, sowie aus Kreisen der Schutzpolizeibeamtenschaft mehrfach dringend gefordert worden ist, erst dann eintreten, wenn der Staat seinerseits in dem gebotenen Umfange für die Schutzpolizeibeamten gesorgt und sie sichergestellt hat.

*

Zu dieser halbamtlichen Darstellung ist zu sagen, daß sie ein Wesentliches zu sagen vergißt, daß nämlich das kommende Schutzpolizeigesetz mindestens von einem großen Teil der Beamtenschaft nicht freudig begrüßt, sondern entschieden abgelehnt wird, der nicht zwölfjährige Anstellung mit späterer Zivilversorgung nach Art der früheren Militäranwärter, sondern volle Beamtenqualität und lebenslängliche Anstellung erstrebt. Wir verkennen nicht, daß dieser Forderung große Schwierigkeiten entgegenstehen. Aber wir würden es für den gesündesten Weg halten, wenn das Ministerium des Innern durch Verhandlungen mit der Berufsvertretung der Schutzpolizeibeamten zu einer Lösung gelangte, die namentlich die Teile der Beamtenschaft befriedigt, die den Polizeiberuf aus sachlichem Interesse als Lebensberuf erstreben. Dann würde eine Strafbestimmung am Ende ganz gegenstandslos werden.

Reichstag.

Die Angst der großagrarischen Schnapsbrenner vor dem Branntweinmonopolgesetz.

SPD. **Berlin**, 5. März.

Im Reichstag herrschte am Sonnabend Ferienstimmung. Die Reden zum Haushalt des Wiederaufbauministeriums wurden zwar programmäßig vom Stapel gelassen, aber es war eigentlich niemand da, der sie anhörte. Staatssekretär Dr. Müller, der das Wiederaufbauministerium verwaltet, verbreitete sich sehr ausführlich über die wichtigen Aufgaben, die zu erfüllen sind. Die Bemühungen der deutschen Regierung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nach besten Kräften zu fördern, finden, wie der Staatssekretär darlegte, bei der französischen Regierung leider nicht das Entgegenkommen, das notwendig ist, um die Leiden der Bevölkerung Nordfrankreichs zu lindern. Herr Helfferich glaubte bei dieser Stelle der Rede des Staatssekretärs durch einen Zwischenruf die Nutzlosigkeit der Erfüllungspolitik betonen zu müssen. Der Redner ließ sich aber nicht beirren, sondern betonte, gerade, daß die Regierung fortfahren werde, sowohl Kapital- als Sach- und Arbeitsleistungen der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Redner der bürgerlichen Parteien forderten zumeist die Regierung auf, den geschädigten Auslandsdeutschen endlich wirksame Hilfe angedeihen zu lassen. Nicht mit Unrecht beklagte der Unabhängige Ernst, daß der Wiederaufbau nicht nach den Richtlinien erfolgt, die wiederholt von der internationalen Arbeiterschaft aufgestellt worden sind. Der deutschnationale Abgeordnete Laverenz stimmte ein Klagelied an über den Verlust der deutschen Kolonien und beschwor die Regierung sowie das deutsche Volk, alles zu tun, um endlich wieder Kolonien zu bekommen, in denen man Diamanten suchen und Dateln ernten kann. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der Kom-

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Eider.

(60. Fortsetzung.)

Wieble antwortete nicht viel darauf. Sie dankte dem Vater für seine Nachfrage. Es gehe ihr gut, und sie behandle Andrees mit größerer Höflichkeit, als dies sonst bei Dienstboten Gebrauch wäre. Auch Gitta würde gut verpflegt. Im übrigen wäre der Vater ja Herr seines Willens und könne tun und lassen, was er wolle. Sie schloß: „Deine Dich liebende Tochter Wieble."

Der Briefträger war fort. Ueber Wieble kam die Verlassenheit mit all ihrer Qual. Sie fühlte sich todunglücklich. Sie stellte sich vor, wie zu Hause der Vater am Tische saß und Ingeborg ihm gegenüber, mit der Freundlichkeit einer Katze, die die Krallen eingezogen hat. Wie sie ihre Schultern hob und die Hüften wiegte, wie sie ihre Augen flimmern ließ. Wieble ballte die Hände zu Fäusten. Dann stellte sie sich ein anderes Bild vor, den Geliebten, wie er in einem stillen Pastorat an seinem Studiertische saß und ein junges Mädchen an ihn herantrat und — — nein, sie mochte, sie wollte nicht weiter denken. Sie ging in ihr Zimmer und weinte sich aus.

Am Abend hielt sie es nicht mehr im Hause aus. Sie eilte hinaus, den schmalen Fußsteig hinter dem Garten an der Wiese vorbei; dann kam ein großes Brachfeld, auf dem gelbe Hungerblümchen blühten. Jetzt kam sie an den Wald. Nein, in den Wald wollte sie nicht mehr. Dazu war es heute abend schon zu spät. Sie blickte nach dem Westen, wo die untergehende Sonne über dem Moore glühte.

„Dort sitzt die alte Spinnerin und spinnt den Faden aus glühendem Eisen" dachte sie. Die Geisterfurcht beschlich sie. Rasch eilte sie zurück und langte atemlos wieder auf Heisternest an.

Die Sonntage waren für sie am ödesten. Mutter Gitta setzte dann ihre schwarze Haube auf und band ihr gutes, schwarzwollenes Umschlagetuch mit den seidenen Fransen um. Andrees zog ein neues, rotweiß gestreiftes Ueberhemd an. Sollte auch sie sich putzen? Sie besann sich lange und besah sich dabei in dem Spiegel. Ja, sie war jung und hübsch, aber niemand als eine halbblinde Magd und ein Knecht sahen sie. Niemand kümmerte sich um sie. Kein Mensch sah, daß ihre Haut weiß und zart war, wie unbeschriebenes, weißes Papier. Daß ihr Haar dunkel und voll war und daß ihre Augen glänzten wie zwei echte blaue Saphire.

Sie seufzte, legte ihre Flechten gleich einem Kranze um den Kopf und zog ein hübsches, blaugraues Sommerkleid an.

In die Kirche kamen sie nicht. Diese war zwei Stunden Fahrt entfernt, und es war ein schlechter, ihnen unbekannter Weg.

„Ich will etwas vorlesen," sagte Wieble an einem Sonntagnachmittag. Tiefe Stille herrschte in der Stube. Von außen drang der Gesang einer Holzdrossel herein. Gitta saß, sonntäglich geputzt, mit gefalteten Händen in ihrem Lehnstuhl. Andrees hatte seinen alten Platz auf der Grützbank inne. Eine andachtsvolle Stimmung lagerte über dem Ganzen. Es war fast wie in der Kirche.

Wieble hatte eins von Ivens Büchern gewählt. Es war ein Erbauungsbuch, das recht gut paßte für einsame und sehnsuchtskranke Menschen. Wieble las gut und gern. Ihre Altstimme klang beim Lesen angenehm und sanft. Sie paßte zu dem Buch und der stillen Stube.

Immer weiter las sie. Es war ein Kapitel von der Menschenliebe und Güte, die ihren Ursprung in dem ewig Göttlichen hat.

Als sie aufhörte und nachdenklich von ihrem Buche aufblickte, sah sie Andrees Augen mit einem freundlichen Ausdruck auf sich geheftet. Da fiel ihr ein, daß Gitta ja taub war, daß sie allein für den Knecht gelesen hatte. Mit einer fast heftigen Bewegung schlug sie das Buch zu und ging hinaus. Sie ging in den Garten, bis sie an die Stelle kam, wo der Ligusterzaun in das Gezweige der Silberweiden hineinwuchs. Hier stand ein alter Eliphornbaum, mit krummen, gesenkten Zweigen, einem müden alten Mann ähnlich. Sie schlug ihre weichen, jungen Arme um den jungen Baum und lehnte ihr Köpfchen an den rauhen Stamm. Sie streckte die Hände aus, als faßte sie etwas Unsichtbares, und murmelte leise zärtliche Worte, und dachte dabei an einen, der weit von ihr entfernt war. Eine Viertelstunde danach trat ihr Andrees unversehens in den Weg, da lief sie mit abgewandtem Gesicht und funkelnden Augen an ihm vorbei.

*

Die alte Gitta zerfiel zusehends. Sie war fast blind geworden und mußte sich bei der Arbeit mehr auf ihren Tastsinn verlassen als auf ihr Gesicht. Trotzdem arbeitete sie noch immer, was sie konnte. Beim Gehen streckte sie die Hände als Fühler vor. Wenn sie aßen, schnitt Wieble ihr alles und gab ihr eine Gabel oder einen Löffel dazu. Den größten Teil des Tages saß sie in ihrem Lehnstuhl, strickte und schlief abwechselnd und erzählte bezwischen auch ein wenig, wobei es nichts ausmachte, ob sie Zuhörer hatte oder nicht. Unterhalten konnte man sich nicht mehr mit ihr, da sie selbst das, was ihr ins Ohr geschrien wurde, nicht verstand. Wenn es zum Essen ging, führte Wieble sie zu ihrem Platz, oder sie gab ihr einen Löffel in die Hand. Das Essen schmeckte ihr noch immer gut, und sie war auch körperlich noch ziemlich rüstig. Wurde sie abends müde, dann sagte sie in die Stube hinein: „Allerseits gute Nacht." Es war gleichgültig, ob jemand in der Stube war oder nicht. Ihr Bett war in einem Alkoven neben der Wohnstube. Sie konnte sich noch immer ohne Hilfe auskleiden. Nur das Haar machte ihr Wieble zurecht.

Dadurch, daß sie die alte Magd bediente, verlernte das junge Mädchen fast das Befehlen. Aeußerlich kaum merklich, vollzog sich doch in ihrem Innern eine Umwandlung. Mutter Gitta aber war zufrieden, sie stellte keine größeren Ansprüche an das Leben als Essen und Schlafen.

So lebte die Alte ihr Stilleben für sich, ähnlich den anspruchslosen Pflanzen. Kein Ton der Außenwelt drang mehr zu ihr. Mochte es draußen stürmen, mochte die Sonne scheinen; ihr war es gleich. Sie hatte es nicht bemerkt, daß Wieble und Andrees sich wie Todfeinde gegenüber standen. Sie merkte auch jetzt nicht, daß diese beiden Menschen, die so stolz nebeneinander hergingen, beide jung und liebenswert, sich trotz allen Sträubens, trotz aller Schranken zueinander hingezogen fühlten.

Während Mutter Gittas Antlitz von Tag zu Tag mehr den Ausdruck des Friedens und der Zufriedenheit erhielt, spiegelte sich in den Mienen der jungen Leute Ruhelosigkeit, Unzufriedenheit und Sehnsucht wieder. Andrees Augen erhielten einen melancholischen Ausdruck, und Wieble konnte ihre heiße, innere Unruhe kaum hinter Gleichgültigkeit und Stolz verbergen.

Die Fäden, von der Einsamkeit gewirkt, zogen sich dicht zusammen. Wieble sprach nicht mehr in befehlendem Tone zu Andrees und auch nicht mehr in eisig höflichem. Wenn sie etwas zu sagen hatte, sprach sie die Worte matt und gleichgültig und sehnte sich doch nach seiner Antwort, um nur den Ton einer menschlichen Stimme zu hören.

Bei Tisch sprach sie manchmal über dieses und jenes. Sie sprach zu Gitta gewandt, und Andrees antwortete ebenso und drehte sich dabei auch nach der Alten um. Diese saß still dabei. Sie wußte wohl den Weg zu ihrem Munde zu finden und merkte, wenn ihr Teller leer war; ja, sie ließ es sich nicht einmal nehmen, ihren Teller selbst hinauszutragen. Was aber die beiden Menschen um sie herum taten und sprachen, vernahm sie nicht mehr.

(Fortsetzung folgt.)

Blendend schön werden alte Kleider, Blusen, Röcke, Anzüge und sonstige Kleidungsstücke durch Aufärben mit Brauns Haus-Farbe. Ueberall erhältlich. Achte auf Marke Brauns.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220306-19/fragment/page=0002

kunft Frölich an allem, was das Wiederaufbauministerium bisher getan hat, kein gutes Haar ließ. Es ist auch nicht verwunderlich, daß er seine Rede benutzte, um unsere Partei erneut des Verrats an der Arbeiterklasse zu beschuldigen. Ob das seinem Liebeswerben um die Unabhängigen, mit dem er seine Rede schloß, den gewünschten Erfolg bringen wird?

Während dieser Debatte, die mit Frölichs Rede endigte, war der Reichskanzler im Hause erschienen. Eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte gab ihm Gelegenheit, eine wichtige Erklärung abzugeben. Reichstagspräsident Gen. Loebe machte nach Beschlüssen des Aeltestenrates den Vorschlag, die nächste Sitzung zum Donnerstag einzuberufen und in ihr mit der Beratung des Branntweinmonopolgesetzes zu beginnen. Im Verein mit der Deutschen Volkspartei lasen die Deutschnationalen gegen diesen Vorschlag Sturm. Sie wollten unter keinen Umständen über das Branntweinmonopolgesetz beraten, vielmehr die ganze nächste Woche sitzungsfrei lassen. Die Herren befürchten, daß aus dieser „Ueberstürzung" nichts Gutes herauskommt — wenigstens nicht für sie. Der Reichskanzler erklärte darauf, daß es aus außenpolitischen Gründen notwendig sei, schnellstens mit den Steuerberatungen zu beginnen. In der nächsten Woche soll, so sagte er, Klärung über die Gesamtheit der Vorlagen erfolgen. Das ist unbedingt notwendig, wenn wir in der Welt ernst genommen werden wollen. Auch Genosse Wels erklärte für die sozialdemokratische Partei, dem Antrag der Rechtsparteien nicht zustimmen zu können. Der Antrag der Kommunisten, am Montag wieder zusammenzutreten und ihren Antrag auf Aenderung des § 218 des StrGB. zu beraten, wurde gegen die Stimme des Herrn Frölich abgelehnt. Angenommen wurde der Vorschlag des Präsidenten, am Donnerstag mit der Steuerberatung zu beginnen.

Wirtschaft.

Beginn der Leipziger Messe.

Außerordentliche Warennachfrage. — Mehrmonatliche Lieferfristen. Ausbedungen. — Besonderes Büro der russischen Regierung.

Leipzig, 6. März. Der erste Tag der Messe ist stets auch der des größten Besucheranandranges. Gegen Mittag wurden bereits über hunderttausend Meßausweise ausgegeben. Die Zahl stieg aber noch andauernd. Die Dienstkarten der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten und daneben abgegebene Ehrenausweise für Behördenvertreter, Studenten- und Schülerkarten sowie sonstige allgemeine Ausweise, Arbeiterkarten usw. sind nicht in die Zählung einbegriffen. Es handelt sich dabei ausschließlich um Geschäftsbesucher der Messe, und man kann bereits feststellen, daß auf der allgemeinen Mustermesse die Warennachfrage außerordentlich groß ist, daß aber andererseits die Aussteller mehrmonatige Lieferfristen ausbedingen müssen. Die russische Regierung hat während der Messe in Leipzig ein besonderes Büro eingerichtet. Sogar die südchinesische Regierung hat einen amtlichen Vertreter entsandt. Auf der technischen Messe haben die Lenkungerungen, die der Transportarbeiterstreik mit sich brachte, sich vermindert. Der Besuch ist hier in keiner Weise beeinflußt worden. Auch die im freien Gelände ausgestellten Maschinen erregten großes Interesse. Verschiedentlich sind auch schon größere Abschlüsse zustandegekommen.

1 Goldrubel 200 000 Papierrubel. Das Volkskommissariat für Finanzen hat den Kurs des Vorkriegsgoldrubels für den Monat März auf 200 000 Sowjetrubel festgesetzt.

Französisch-polnischer Handelsvertrag. Neben dem vor kurzem abgeschlossenen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Polen ist zwischen beiden Ländern ein besonderes Abkommen über die Beteiligung Frankreichs an der Ausnützung der polnischen Petroleumvorkommen zustandegekommen.

Starke Zunahme des Papiergeldumlaufes. Der Reichsbankausweis von Ende Februar zeigt nicht nur ein starkes Anschwellen der an die Reichsbank gestellten Kreditforderungen, sondern auch eine erhebliche Zunahme des Papiergeldumlaufs, und zwar um rund 4,4 Milliarden Mark. Die umlaufenden Banknoten belaufen sich jetzt auf 120, die Dahrlehnskassenscheine auf annähernd 8 Milliarden Mark.

Ermäßigung der Bahntarife für Zeitungsdruckpapier. Die maßgebenden Stellen haben grundsätzlich eine Herabsetzung der Bahntarife für Zeitungsdruckpapier beschlossen. Es sind nur noch die entsprechenden Verhandlungen mit den Holzlieferanten vonnöten, um in den nächsten Tagen die Tarifherabsetzung zum Abschluß bringen und damit die so dringend erwünschte Verbilligung des Zeitungsdruckpapiers eintreten lassen zu können. — Hoffentlich kommen diese Verhandlungen bald zum Abschluß! Eine Ermäßigung der Herstellungskosten der Zeitung ist von ihnen jedoch nicht in dem erwünschten Umfange zu erwarten, zumal die Papierpreise noch in weiterem Steigen sind. Bei der Papierproduktion, die riesige Gewinne erzielt, müßte der Versuch eines wirksamen Preisabbaues gemacht werden, zu dem man sich noch immer nicht aufraffen kann, weil er eine gemeinwirtschaftliche Regelung dieser Industrie voraussetzt. So bleibt die Gefahr, die jetzt das gesamte Zeitungsgewerbe, ganz besonders die Arbeiterpresse bedroht, weiter bestehen.

Ein schweizerisch-deutsch-französisches Syndikat hat die Aktienmehrheit der Steinkohlenbergwerks-A.-G. in Bochum erworben, die bisher dem Stahlwerk Becker gehörte. An dem Syndikat sind beteiligt Stahlwerk Becker auf deutscher und die Gutejsaller Bank auf Schweizer Seite. Der französische Teilhaber ist nicht bekannt, es soll sich aber um eine Kohlenhandelsgesellschaft handeln. Das Syndikat strebt nach der absoluten Mehrheit, also nach der vollkommenen Herrschaft über das Werk. Das Syndikat stellt dem Stahlwerk Becker gleichzeitig 180 Millionen Mark zur Erweiterung seines Besitzes zur Verfügung.

Aus aller Welt.

Neues zum Selbstmord Peter Grupens.

Aus Hirschberg wird gemeldet: Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, ob Grupen irgendwelche Aufzeichnungen hinterlassen hat. In den letzten Tagen war Grupen stundenlang über seine Flucht vernommen worden und hat dabei eine zum Teil neue Darstellung gegeben. Danach haben die drei Flüchtlinge in der Zelle außer dem zur Säge umgewandelten Brotmesser noch ein richtiges Sägeblatt gehabt, über dessen Herkunft noch Unklarheit herrscht. Nach seiner Darstellung hat er sich, nachdem er im Vorhof des Gefängnisses angekommen war, von den anderen Gefangenen auf den zweiten Hof heben lassen. Hier hat er sich dann im Blitzableiterschacht versteckt. Bemerkenswert ist noch, daß Grupen nach seiner Angabe vorher statische Berechnungen aufgestellt hat, ob die beiden Bettbretter, die er zur Flucht aus dem Fenster benutzen mußte, auch standhalten würden. Die Leiche Grupens ist bereits zum Friedhof gebracht und von Staatsanwalt zur Beerdigung freigegeben worden.

Der Lohn des Hochverräters.

Aus Köln wird gemeldet: In dem zweitägigen Beleidigungsprozeß gegen den Sonderbündler Smeets wurde gestern gegen Mitternacht das Urteil verkündet. Smeets wurde unter Einrechnung der bereits gegen ihn verhängten Strafe von drei Wochen zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der schweren ehrenrührigen Beschuldigungen, die in der von Smeets geleiteten „Rheinischen Republik" gegen den Kölner Polizeikommissar Pfizer erhoben waren. Auf die gleiche Weise hatte die „Rheinische Republik" einen Parteisekretär in Mörs beleidigt ohne daß auch in diesem Falle ein Wahrheitsbeweis erbracht werden konnte. Die Klage wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert, dem Smeets die rechtswidrige Beschaffung rationierter Lebensmittel vorgeworfen hatte, wurde abgetrennt und vertagt, da Präsident Ebert noch kommissarisch vernommen werden soll.

Literatur.

Ludendorffs Selbstporträt.

Wir gaben schon in der „Volksstimme" vom 21. Febr. Einzelheiten aus dem Delbrückschen Werk „Ludendorffs Selbstporträt" bekannt. Wir machen heute nochmals auf die außerordentlich bedeutende Neuerscheinung aufmerksam, die im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35 zum Preise von 25.— Mark erschienen ist. Das Werk ist in der Buchhandlung der „Volksstimme", Halle, Gr. Ulrichstraße 27 vorrätig. Wir können unseren Lesern nicht dringend genug empfehlen, sich dieses Buch anzuschaffen, in dem der Götze Ludendorff endgültig zerstört.

Zum Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte.

Von Otto Albrecht.

Der Artikel 165 bildet ein Kernstück der neuen deutschen Reichsverfassung. Ein Glanz- und Meisterstück stellt er indessen nicht dar. Er nährt einenteils fortgesetzt noch Hoffnungen und Erwartungen, die zu erfüllen er gar nicht die Absicht hat. Und er ordnet anderenteils den von ihm behandelten Stoff in einer Weise, die den Bedürfnissen nur ungenügend gerecht wird.

Was verspricht der Artikel 165 in seinem Hauptteil? Den Aufbau eines Rätewesens. Das Wort „Räte" bzw. „Rat" kommt in den sechs kurzen Absätzen dieses Artikels nicht weniger als vierzehnmal vor. Damit hat man sich unmittelbar an sowjet-russische Gedankengänge angelehnt. Es war auch zweifellos die Absicht der Nationalversammlung, in dieser Hinsicht ein phraseologisches Zugeständnis zu machen, aber auch nur ein solches der Phrase. Prüft man den Inhalt des Artikels näher, so findet man das ohne weiteres heraus. Während das sowjet-russische Rätewesen sowohl mit politischen, wie auch mit wirtschaftlichen Vollzugsgewalten ausgestattet ist, bezieht sich das deutsche Rätewesen nur auf die Wirtschaftsverfassung. Aber auch hier kann es mit dem russischen nicht verglichen werden. Die deutschen Betriebsräte sind in ihrer sachlichen Zuständigkeit den Betriebsunternehmern heute noch nicht einmal gleichberechtigt; sie haben lediglich ein gewisses Mitbestimmungsrecht, das in wichtigen Fragen sogar bis zum bloßen „Einvernehmen" und „Anhören" eingeschränkt ist. Den weiteren, erst noch zu schaffenden Räteeinrichtungen „können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden."

Stände man heute vor der Aufgabe, dem Artikel 165 Wortlaut und Inhalt zu geben, dann würde man vermutlich auf die „Räte" verzichten und dieses Wort durch andere Bezeichnungen ersetzen, jedenfalls aber durch Worte ersetzen, die der deutschen geschichtlichen Entwicklung und Ueberlieferung gerecht werden. Was sind denn die „Betriebsräte" anderes, als eine größere Verallgemeinerung der Arbeiterausschüsse, die ihren gesetzgeberischen Ausgangspunkt schon auf die Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891 zurückführen. Und lebt der in den Bezirksarbeiter- und den Bezirkswirtschaftsräten zu verkörpernde Gedanke nicht auch schon jahrzehntelang in der deutschen Arbeiterschaft? Sind diese „Räte" ihrem Wesen nach etwas anderes, oder sollen sie etwas anderes werden, als das, was man früher mit „Kammern" — Arbeiterkammer, Arbeitskammern, — bezeichnet hat? Nein! Weil sie aber dasselbe werden sollen, deshalb muß vor dem zu bewirkenden Aufbau auch noch ein alter Streit ausgetragen und erledigt werden. Wie sollen wir uns zu der Frage: „Reine Arbeiterkammern" (bzw. Arbeiterräte) oder paritätische Arbeits-, das heißt Wirtschaftskammern (nach Artikel 165 „Bezirkswirtschaftsräte") verhalten? Ganz naturgemäß spielt da auch das Verhalten Ganz naturgemäß spielt da auch das Verhalten gegenüber den alten Unternehmerkammern — den Handels- und Gewerbe-, den Handwerks- und den Landwirtschaftskammern — mit hinein.

In weiten Partei- und Gewerkschaftskreisen war man früher gewissermaßen darauf eingeschworen, daß man die gemischtfachlichen (interberuflichen) reinen Arbeiterkammern als das zu erstrebende Ideal anzusehen hatte. Auch in der neueren Zeit hat diese Ansicht noch viele Verfechter. Während man aber früher die vorhin genannten Unternehmerkammern als schon geschaffene Gegenstücke dazu hinnehmen bzw. bestehen lassen wollte, neigt man nunmehr der Ansicht zu, die alten Unternehmerkammern seien zu beseitigen, und an deren Stelle habe ein gemeinschaftlicher Unternehmerrat zu treten. Verfassungsrechtlich wird solche Ansicht aber nicht gestützt.

Andere Partei- und Gewerkschaftskreise waren schon früher der Ansicht, es sei zweckdienlicher, die Arbeiterkammern nicht gemischtfachlich, sondern in derselben fachlichen Gliederung einzurichten, in der die vorhandenen Unternehmerkammern eingerichtet sind, oder die letzteren gleich paritä-

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

Verdis Aida-Vertrag.

Von Georg Staimer.

Die nachstehende für alle Freunde Verdischer Musik hochinteressante Veröffentlichung entnehmen wir der „Frankf. Ztg.":

Wie man weiß, hat Verdi die Oper „Aida", die auch alt-ägyptische Melodien und Motive verwendet, im Auftrage des Khedive Ismail Pascha von Aegypten geschrieben; jedoch nicht als Festoper zu der — schon im November 1869 erfolgten — Einweihung des Suezkanals, wie meist behauptet wird, sondern, wie sich neuerdings herausstellt, ganz unabhängig von diesem Ereignis. Die arabische Zeitung „El Zebur" hat nämlich schon 1913 zur Feier von Verdis hundertjährigem Geburtstag den Text des zwischen dem Khedive und Verdi über die Komposition und Uraufführung der Aida geschlossenen Vertrages veröffentlicht. Das Original befindet sich im Archiv der Khedivialschen Oper zu Kairo; es ist in französischer Sprache abgefaßt und lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

„Zwischen den unterzeichneten Herren August Mariette Beg, im Namen und im Auftrage Seiner Kaiserl. Hoheit des Khedive Ismail Pascha von Aegypten, einerseits und dem Komponisten Herrn Giuseppe Verdi andererseits wurde folgender Vertrag abgeschlossen:

1. Herr Giuseppe Verdi verpflichtet sich, eine Oper in vier Akten zu schreiben, die den Titel „Aida" erhält. Herr Verdi nimmt das ihm überlassene Sujet im ganzen an, behält sich jedoch das Recht vor, diejenigen Aenderungen daran vorzunehmen, die ihm geboten erscheinen. Die Oper gelangt im Theater des Khedive in Kairo im Januar 1871 zur Uraufführung. Das italienische Libretto wird von einem Dichter verfaßt, dessen Wahl dem Komponisten freisteht.

2. Herr Verdi ist nicht verpflichtet, nach Kairo zu kommen, um die Vorbereitungen und Proben zu dieser Oper selbst zu leiten. Es genügt, wenn er einen Vertreter stellt, der die Einstudierung, insbesondere auch nach der technischen und szenischen Seite besorgt. Nach der Uraufführung in Kairo ist Herr Verdi berechtigt, die Oper überall in Europa und nach seinem Belieben auf allen Bühnen geben zu lassen. Die Darsteller hat Herr Verdi aus den Mitgliedern der gegenwärtig in Kairo spielenden italienischen Oper zu wählen.

3. Musik und Libretto der Oper „Aida" bleiben für Aegypten ausschließliches Eigentum des Khedive, für alle übrigen Länder Eigentum des Komponisten. Die Partitur der Oper hat der Komponist nach Aegypten zu schicken, oder dem Khedive zu einem erst noch näher zu vereinbarenden Zeitpunkt in Paris zu übergeben.

4. Als Preis für seine Komposition erhält Herr Giuseppe Verdi den Betrag von 150 000 Franken, zahlbar in zwei Raten, 50 000 Franken am Tage des Abschlusses des gegenwärtigen Vertrags und 100 000 Franken am Tage der Ablieferung der Partitur.

Geschehen zu Paris u. doppelt ausgefertigt am 29. Juni 1870.

(gez.) A. Mariette Bey."

Verdi hat den Vertrag mit folgendem doppelten Vorbehalt unterschrieben:

1. Die Zahlung hat in Gold zu erfolgen.

2. Falls ein unvorhergesehenes Ereignis eintreten sollte, für das ich in keiner Weise einzustehen habe, das die Aufführung die „Aida" zu Kairo im Januar 1871 unmöglich macht, so bin ich berechtigt, die Oper nach Ablauf einer Frist von 6 Monaten, von dem vorangeführten Zeitpunkt an gerechnet, an jedem beliebigen anderen Ort zur Aufführung zu bringen.

(gez.) Giuseppe Verdi.

Das unvorgesehene Ereignis, für das Verdi nicht einzustehen hatte, trat wirklich ein. Der Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs, mit dem der kluge Komponist bei der Unterzeichnung des Vertrags vom 29. Juni 1870 wohl bereits rechnete, und die Einschließung von Paris durch die deutschen Heere verhinderte nicht nur die rechtzeitige Ablieferung und Uebergabe der in Paris gefertigten Kostüme und Dekorationen in Kairo. Die Uraufführung verzögerte sich dadurch fast ein ganzes Jahr, von Januar bis Weihnachten 1871. Sie fand aber dann, wie im Vertrage bedungen, in Kairo und zwar am 24. Dezember 1871 mit noch nie gesehener Pracht statt.

Hallisches Operetten-Theater.

„Der Traum vom Glück."

Operette in 3 Akten von Eduard von der Becke.

Musik von Martin Knopf. Spielleitung: Willi Schur.

Musikalische Leitung: Georg Haupt.

Das Operettentheater brachte am Sonnabendabend eine Uraufführung heraus, die den verheißungsvollen Namen „Der Traum vom Glück" führt. Es ist vor kurzer Zeit von einem bekannten Musikkritiker geschrieben worden, daß in der Nachkriegszeit auf dem Gebiete der dramatischen Musik zwar produktiv viel aber künstlerisch wenig Wertvolles geleistet worden ist. Für die Operette trifft es auf jeden Fall zu. Da man das Operettentheater doch noch immerhin als Kunststätte betrachtet, so muß man auch verlangen, daß die dort dem Publikum dargebotenen Stücke sich über das Alltägliche erheben, daß sie — wenn auch im geringen Maße — einen gewissen Kunstwert haben. Man verlangt ja heute schon im Kino künstlerisch wertvolle Stücke, sonst werden diese unbarmherzig als Schundliteratur gebrandmarkt. Für einen Operettenkritiker ist es ungemein schwierig, aus dem Vielerlei der Uraufführungen die guten Perlen herauszufischen und besonders dann, wenn der Komponist noch unbekannt ist. Ich habe mich bemüht, in dem „Traum vom Glück" etwas Gediegenes, Wertvolles zu erblicken, habe den Inhalt, den dramatischen Gang der Handlung und noch am wenigsten die Musik daraufhin geprüft — ich habe mich nur verwundert und am Schluß den Kopf geschüttelt und mich gefragt, aus welchem Grunde die Direktion eigentlich dieses Stück angenommen hat. Gewiß ist es anzuerkennen, wenn ein so junges Unternehmen Uraufführungen herausbringt, aber in erster Linie muß doch wohl die Direktion darauf bedacht sein, dem Publikum etwas Wertvolles zu bieten. Die Handlung stammt von Eduard von der Becke, der einen altbekannten Stoff zu einer Operettenform zusammengeleimt hat und die höchstens eine Wirkung erzielen kann durch derbe Witze und gute Aufführung. Ein Kommis liebt das Mündel seines philisterhaften Chefs und wird von diesem daraufhin hinausgeworfen. Ein Freund stempelt ihn zum Millionärerben — beglückt nimmt ihn der alte Geizkragen wieder auf und verlobt unter Teilnahme aller Freunde und Bekannten die Liebenden. Doch ein zweiter Schreden naht. — der Verlobte ist nicht der richtige Lehman, mithin auch nicht der Erbe. Alles zieht sich höflich zurück, bis durch das plötzlich entdeckte Erbteil des jungen Lehmann für die beiden Verlobten der „Traum vom Glück" doch noch Wirklichkeit wird. — Schwach die Handlung, unglücklich manche Gestalten — besonders die des Kommerzienrates. Und die Musik? Man hofft wenigstens, einige angenehme Melodien hören zu können, ohne auf viel Geist zu rechnen. Aber wie die Handlung, so genügt auch die Musik kaum den allerbescheidensten Ansprüchen. Ohne Originalität, nicht frei von Anlehnungen, dürftig in der Erzeugung der Klangwirkungen trotz Effekthascherei, hat sie — abgesehen von der Tanzweise im 2. Akt — keine Melodie, die Aussicht hätten, „Schlager" zu werden. — Daß dennoch von einem Erfolg des Abends gesprochen werden kann, lag in der Aufführung, obgleich die Besetzung nicht die beste war. An erster Stelle ist der Spielleiter Direktor Willi Schur zu nennen, der für flottes Spiel und in der Rolle des Kaufmanns Pfeffer für Humor sorgte. Else Degle als Anna die Partie der Alwine mit viel Verständnis. Gesangstechnisch ist aber noch Manches auszusetzen. Auch Jolande Wiegenfeld als Dorchen, Fritz Reinold als Kolporteur Lerche und Kurt Schreeter als Kommerzienrat von Lehmann waren an dem richtigen Platz. Kurt Wilke eignet sich weder gesanglich noch schauspielerisch für den jungen „Lehmann". Der Chor war unter aller Kritik. Kapellmeister Georg Haupt war der Aufgabe gewachsen und holte heraus was herauszuholen war.

Der — für eine Uraufführung schwache — Beifall galt den Aufführenden.

G. B.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220306-19/fragment/page=0003

tisch umzubauen. Heute gewähren wir, daß die letztere Auffassung auf dem Wege ist, Allgemeingut aller der er zu werden, die Gelegenheit genommen haben, sich in den Gesamtstoff gründlich hineinzuarbeiten. Dafür legt ein Beschluß beredtes Zeugnis ab, der von den Arbeitnehmervertretern aller Gewerkschaftsrichtungen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat einstimmig gefaßt worden ist.

Bekanntlich ist es eine Hauptaufgabe des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, die Frage des Aufbaues der Arbeiter- und Wirtschaftsräte genau zu prüfen und dafür gesetzgeberische Vorschläge zu machen. Ein zu diesem Zwecke eingesetzter besonderer Ausschuß hat sich ein volles Jahr für bloße Sachverständigenvernehmungen geopfert. Und als erstes Ergebnis reifte der angedeutete einstimmige Beschluß der Arbeitnehmervertreter. Während man ursprünglich meinte, man könnte und sollte erst die Bestimmungen für die Bezirksarbeiter- und die Bezirkswirtschaftsräte herausarbeiten, ist man nun dahin gekommen, für diese noch einen Unterbau zu verlangen. Man hat sich überzeugt, daß die alten Unternehmerkammern auch für die künftige Wirtschaftsorganisation eine wertvolle, ja unentbehrliche Einrichtung bilden: „Sie beseitigen, hieße wahrscheinlich: in absehbarer Zeit sie mit wesentlich kaum veränderten Zwecken wiederherstellen müssen." „Die hiernach beizubehaltenden Kammern werden zu ihrem Teile die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer dadurch verwirklichen müssen, daß diese in ihnen aufgenommen werden. Wirkliche Gleichberechtigung setzt dabei grundsätzlich Gemeinsamkeit des ganzen Aufgabenbereichs jeder Kammer zwischen ihren Arbeitgeber- und ihren Arbeitnehmermitgliedern voraus. Für die letztgenannten muß außerdem durch zahlenmäßig gleiche Vertretungsstärke die sichtbare Möglichkeit, mehr noch die rechtliche Ueberzeugung gegeben sein, erforderlichenfalls die volle Hälfte des Einflusses auf Entscheidungen in der Hand zu haben." „Die grundsätzliche Gemeinsamkeit aller Aufgaben schließt nicht aus, daß einzelne Angelegenheiten der alleinigen Zuständigkeit der Arbeitgeber- oder der Arbeitnehmerabteilung zugewiesen werden. . . . Wo die Kammern noch ein Bedürfnis nach getrennter Meinungsbildung oder Meinungsäußerung oder getrennter Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben könnten, soll das Gesetz den Kammern darin die Selbstbestimmung nicht beschränken."

Dieses der Kern jenes Beschlusses. Es bleibt jetzt übrig, daß sich dahinter nunmehr die gesamte Arbeitnehmerschaft stellt. Nur dann ist zu erwarten, daß dieser Unterbau verwirklicht werden kann. Dem Wortlaut nach kann man sich hier bedauerlicherweise nicht auf Kritik 165 berufen. Und dieses gerade ist eine sehr empfindliche Lücke. Sie ließe sich gewiß leicht ausfüllen, wenn — ja, wenn auch die Unternehmer der erhobenen Forderung ohne Widerspruch zustimmten. Hier liegt aber die große Gegnerschaft. Man weiß nur zu gut, daß durch die bestehenden alten Unternehmerkammern die Hauptschlagadern des Wirtschaftslebens laufen, und daß hier jene Brunnen rieseln, die wirtschaftliche und durch diese auch politische Macht vermitteln!

Verzichtleistung auf Mitbeteiligung in den Handels-Gewerbe-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern bedeutet Preisgabe der wichtigsten Stellen, die die Arbeitnehmerschaft befähigen können, sie zu jenen Aufgaben heranzubilden, deren Beherrschung Voraussetzung dafür ist, einstmals über die Parität hinauszuwachsen.

Für die heutige und nächstkünftige Zeit ist die Parität, das heißt die Gleichberechtigung, das Gegebene, Mögliche und Notwendige. Es ist dieses auch der Geist der neuen Reichsverfassung. Der erste Satz des Artikels 165 gilt nach diesem Geiste wenigstens sinngemäß auch für die alten Unternehmerkammern:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken."

Das deutsche Rätewesen würde für die Arbeitnehmer größtenteils wertlos, wollte man sich allein auf die Bezirksarbeiter- und Bezirkswirtschaftsräte (in der Spitze Reichsarbeiter- und Reichswirtschaftsrat) als Plattform beschränken bzw. sich mit diesen Einrichtungen abspeisen lassen. Die alten Unternehmerkammern müssen in den Neuaufbau mit einbezogen werden!

Vermischtes.

Der gefährliche Händedruck. Daß das Küssen eine von den Aerzten mit großem Mißtrauen betrachtete Beschäftigung ist, weil dadurch Bazillen übertragen werden, ist in unserer Zeit der hygienischen Forderungen allbekannt. Aber auch der Händedruck wird jetzt als Krankheitsüberträger verdächtigt. In der englischen Fachzeitschrift „Lancet" wird die Frage der Grußformen mit großer Ernsthaftigkeit erörtert. Das Ergebnis ist, daß das Händeschütteln durch „irgendeinen anderen Gruß" ersetzt werden müsse. Vorgeschlagen wird „das Legen einiger Finger an die Stirn". Es ist fraglich, ob sich diese etwas „militaristische" Art der Begrüßung allgemein einbürgern wird. Jedenfalls aber halten die wenigsten Grußformen der Erde eine Kritik vom hygienischen Standpunkte aus. Das Aneinanderreiben der Nasen, wie es bei den Chinesen und einigen wilden Völkerschaften üblich sein soll, ist mindestens so schlimm wie das Küssen. Es bleiben also dann nur diejenigen Respektbezeugungen übrig, die überhaupt auf jede körperliche Berührung verzichten, und es dürfte sich empfehlen, an Stelle des Händedrucks der beiden sich Begrüßenden den Gruß zu setzen, den Clowns manchmal unter allgemeinem Gelächter anwenden, indem sie sich selbst die Hand schütteln. Die Orientalen, deren Bräuche ja überhaupt manchmal ein so feines Verständnis für Hygiene beweisen, ziehen sich am besten aus der Affäre, indem sie bei ihrem „Salaam" den Kopf neigen und die Hände über der Brust kreuzen.

Die gefährliche Waffe. Am 4. Oktober des vergangenen Jahres kam es in Eschweiler in einer Wirtschaft zu einer Schlägerei zwischen Zivilpersonen und belgischen Soldaten. Der Sohn des Wirtes wurde festgenommen. Die beteiligten Soldaten erklärten aber, daß dieser an der Schlägerei nicht teilgenommen habe. Trotzdem unternahm man eine Haussuchung und förderte dabei einen Fahrradschlüssel zu Tage, der so gehalten war, daß er als Schraubenschlüssel, Hammer und Schraubenzieher verwandt werden konnte. Der junge Mann wurde nunmehr auf Grund dieses Tatbestandes durch das belgische Polizeigericht in Aachen wegen „Tragens von Waffen" mit 400 Mark Geldstrafe oder 100 Tagen Haft bestraft.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: Karl Garbe, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

Wichtige Mitteilung für alle Leser der „Volksstimme".

Jeder Leser der Volksstimme kann in unserer Volksbuchhandlung oder bei dem Boten der Volksstimme die hochinteressante Monatsschrift: „Welt und Wissen" bestellen. Welt und Wissen ersetzt eine ganze Bibliothek; denn sie bringt hochinteressant und volkstümlich geschrieben die Wissenschaft der ganzen Welt in Wort und Bild.

Jedes Heft, reich illustriert, mit Umschlag 36 Seiten stark, bringt 12–20 Artikel von ersten Fachleuten, z. B.: Die Geschwindigkeit der Gedanken — Der Wille und dessen Gymnastik — Die Fernphotographie — Das Weltgebäude im Altertum — Vom Sterben der Seen — Steppen- und Wüstenvölker — Das Kleintierleben — Hypnotismus und Suggestion — Wie man das Kinderleben beobachtet — Der Mensch vor 100 000 Jahren — Das Leben unter Wasser — Ist der Weltraum unendlich? — Sind Gedanken übertragbar? — Das Innere der Erde — Unterirdische Flüsse — Drahtlose Telephonie — Die Eiszeit in Norddeutschland — Künstliche Nahrungsmittel — Sitten und Gebräuche im Orient usw. Um zu ermöglichen daß jeder Leser hierauf abonnieren kann, wurde der Preis so billig gestellt. Kein Leser der Volksstimme versäume „Welt und Wissen" sofort zu bestellen.

Bestellschein!

Ausfüllen und an die

Buchhandlung „Volksstimme"
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

einsenden oder dem **Boten der „Volksstimme" mitgeben.**

Ich bestelle hiermit bis Abbestellung von mir ersetzt „Welt und Wissen" jeden Monat ein Heft zum Preise von 3 Mark.

Name: .....

Ort, Straße, Nr.: .....

UT
Leipziger Straße 88
Lya Mara
in d. Drama in 6 Akt.
Die Ehe der Fürstin Demidoff
—
Knoppchen
in der Humoreske
Arme Ritter.

Alte Promenade 11a
Bekenne!
Kinder der Zeit.
Ein Zeitbild aus unseren Tagen in fünf Akten mit
Mady Christians
Paul Hartmann.
Es bleibt in der Familie.
Lustspiel in 2 Akten.
Beginn in beid. Theatern 4 Uhr.
UT

Kramers Konzerthaus
Delitzscher Str. 2 am Riebeckplatz
Oberbayerisches Bauern-Kabarett

Walhalla-Lichtspiel-Theater.
Täglich
Der spannendste aller Episodenfilme:
Der Geheimnisvolle Dolch
1 Teil:
1.–3. Episode
6 hochinteressante Akte
Dazu:
Der Spielmann
6 durchkomponierte Akt. und 1 Nachspiel unter persönlicher Mitwirkung dreier erstklassiger Künstler
Noch nie erlebter Erfolg!
Beginn 4 Uhr.

C.T. Licht-Spiele gr. Ulrichstr. 51.
Tägl.: 4.00 6.15 8.30
Doppel-Spielplan
Ein Film der Gegenwart
Der schwarze Montag
Hauptrolle Hella Moja
Ferner:
Das Sensations-Drama
Percy Morans Verbrechen
Ein erbitterter Kampf gegen die Macht des Schicksals
Insgesamt 11 Akte.

Stadt-Theater
Dienstag, den 7. März
Anf. 7½, Ed. 10 Uhr
Im weißen Röss'l
Lustspiel von Blumenthal u. Kadelburg
Mittwoch
Nichtöffentl. Vorstellung.

Operetten-Theater
Heute u. folgende Tage
Der
Traum v. Glück
Operette i. 3 Ak. v. Knopf
Kasse ab ½ 10 Tel. 6183
ununterbrochen geöffnet

Gr. Nußbaum-Bibliothek
Täglich tags. Bertkows Aus. z. Tisch, Beistellen, Tische, Stühle, gr. Truhe, verschiedene gebr. Möbel verkauft
Trautmann,
Gr. Ulrichstr. 26, Ecke Jägergasse.

Am Mittwoch, den 8. d. M.,
nachm. 4 Uhr und abends ½8 Uhr,
findet im
Helm'schen Saale in Ammendorf
je ein
Vortrag
über
„Die Verwendung des Gases in Küche und Haushalt"
statt. Hierbei soll besonders Kochen, Braten und Backen mit Gas auf die billigste Art vorgeführt werden
Alle Einwohner von Groß-Ammendorf sind freundlichst eingeladen.
Gaswerk Ammendorf.
Eintritt frei. Kostproben werden herumgereicht.

Dienstag, den 7. März
Mittwoch, den 8. März
Freitag, den 10. März
½8 Uhr
Mozartsaal.
Drei Max Kröning-Vorträge
„Seelische Heilungsmöglichkeiten"
mit Demonstrationen!
Kröning, Inhaber des Sanatoriums in Bad Helmstedt, heilte an seinen Vortragsabenden in vielen Fällen Gelähmte, Stumme, Stotterer, seelisch Erkrankte, beseitigte nerv. Störungen und Beschwerden usw. usw.
Karten zu 10.—, 7.— und 5.— Mk. und Steuer im Musikhaus **Albert Manthey,** Gr. Ulrichstraße 12

Musikopfertag
Sonntag 12. März, vorm. 11 Uhr im Stadttheater, auf Wunsch wiederholt
Sinfoniekonzert
Ueber 100 Mitwirkende, Leitung Hans Stieber.
Aus der Spielfolge: Meistersingervorspiel, Beethoven 7. Sinfonie, Herforth Valeria-Vorspiel, Klengel Hymnus für 12 Celli.
Karten 15—3 Mark an der Theaterkasse.

Stellen finden.
Tüchtige selbständige
Kastenmacher (Stellmacher), Autoklempner Automobil-Monteure
finden dauernde Arbeit bei
H. Jakoby,
Karosseriebau Hannover-Linden,
Falkenstraße 16.

Jg. Verkäuferin
gewandt und zuverlässig, aus der Lebensmittelbranche, für sofort gesucht.
Bei guten Leistungen zahle mehr als Tarifgehalt.
Karl Pfeiffer,
Neumarkt-Fischhalle, Geiststraße 33.

Zu verkaufen
Alle Sorten Möbel sowie **gute Federbetten** billig zu verkaufen.
Frau Thormann, Spitze 13

Violine od. Gitarre
zu kaufen gesucht.
Off. m. Preis u. B St 103 an die Exp. d. Zeitung

Gold-, Silber-, Platinbruch
Uhren, Ketten, Ringe, alte Gebisse usw.
kauf laufend zu hohen Frankfurter Preisen
Hauffe, Brüderstr. 9a1, Edelmetallhandlung.

Herr H. Köning, Göttingen, schreibt: Meine Frau hat durch Gebrauch von Obermeyer's Melkfettseife sehr gute Erfolge erzielt. Nur Melkfettseife ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drog. und Parfümerien.
Pirnaer Milchseife
Herba-Creme

Große Posten Schuhwaren sowie gebrauchte Militärstiefel
billig zu verkaufen
„Schuhbörse",
Gr. Brauhausstr. 10.

Bei Lungenleiden, Tuberkulose, Asthma, Husten, Heiserkeit, und allen sonstigen schweren Erkrankungen der Atmungsorgane schafft Dr. Cl. Wagners peruvian. Lungenbalsam Nymphaian (gesetzl. geich.) in kurzer Zeit Hilfe. Der schwächende Nachtschweiß und der lästige Husten verschwinden, der Auswurf läßt nach und die schädlichen Bazillen werden vernichtet. Mit großem Erfolg seit Jahren erprobt, ärztlich verordnet u. empfohlen. Zahlr. Anerkennungen. Preis 30 Mk. Doppelflasche 55 Mk. Nur zu beziehen durch die Nymphenburg-Apotheke, München-Nymphenburg, L. 15).

Vereins-Anzeiger

zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen

der Sozialdem. Partei,

Bezirksverband Halle. Herz 42/44. Fernruf 1611.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Naumburg. (SPD.) Mittwoch, den 8. März, abends 8 Uhr im „Stiefel" Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.
Der Vorstand.

Merseburg. Ortsverein der SPD. Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr im „Tivoli" Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Petersdorff-Halle. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Haltbare
Damen-Taschen
in großer Auswahl und prima Leder preiswert und gut — nur — bei
Hugo Krasemann
Lederwaren-Spezialgeschäft nur Schmeerstrasse 19.

„Ich litt seit 3 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem Juckreiz. Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medizinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S. Polty, Berg." Das Zucker-Creme (nichtfettend u. leichtflüssig) Stadt-Apothek. Bernburg a. Saale.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen Halle a. S.

Bekanntmachung.

Die Verfügung über die **Ziegenbockkörung** in der kommenden Woche ist an den Anschlagsäulen einzusehen.

Halle, den 4. März 1922.

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220306-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratische Partei. 4. und 6. Bezirk. Heute abend 8 Uhr bei Wilsdorfs wichtige Funktionärsitzung.

Jungsozialisten. Am Mittwoch findet abends 8 Uhr bei Wilsdorfs eine Vorstandssitzung statt. Der Vorstand.

Arbeiter-Jugend. Der für heute angesetzte Turn- und Spielabend fällt aus, da in der Giebichensteiner Turnhalle eine Schulfeier stattfindet. — Abends 7 Uhr treffen sich alle Gruppen- und Unterkassierer zwecks einer sehr wichtigen Aussprache im Mozartheim, Weidenplan. Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 6. März 1922.

„Nicht gerettet."

Der März ist ein gefährlicher Monat. Er lockt alle Triebe hervor. Manchmal besorgt das auch schon der Februar. Ein guter „Gärtner" wird das zu verhindern wissen, ein schlechter „Gärtner" macht sich keine Gedanken darüber, weil er gewöhnlich keine hat. Ueberhaupt fällt auf manche Hoffnung im März ein rauher Reif, mag sie lange Zeit noch so geheget und gepflegt worden sein. So hat die ganzen drei Jahre hindurch nach dem 9. November 1918 an der Hauptpost immer noch in goldenen Buchstaben die verheißungsvolle Inschrift „Kaiserliches Postamt" geprangt. Sie war manchem monarchistischen Herzen Trost und Verheißung zugleich. Da es sich nicht mehr an Krone und Zepter, noch an einen stramm nach aufwärts gebürsteten Schnurrbart klammern konnte, so hielt es sich eben an diese Inschrift. Noch war die Zukunft nicht hoffnungslos. Goldene Lettern erzählten ja von „Kaiserlicher Herrlichkeit" und schienen bloß darauf zu warten, daß Barbarossa (nicht der mit dem roten, sondern der mit dem hochgewichsten Barte) zurückkehrte. Doch es fiel ein Reif auf all die zarten Blüten.

Als ich am Dienstag voriger Woche am Postamt vorbeikam, sah ich verschiedene Männer mit Leitern und Brettern hantieren. Sie errichteten ein Gerüst. Gerade unter der Inschrift „Kaiserliches Postamt", und ehe es eine der hoffnungsvollen Seelen hindern konnte, fingen sie an, die Inschrift wegzumeißeln. Ungerührt und schrecklich prosaisch. Nicht ein einziges goldenes Fleckchen zeugt mehr von verschwundener Pracht.

Die „Hallesche Zeitung" war empört. Da war nur die böse „Volksstimme" daran schuld. Die hatte erst vor einigen Wochen die Inschrift bemängelt. Sie hatte die Direktion der Post solange mit Terror bedroht, bis diese nachgab. Schrecklich. „Gerettet" schrieb die „H. Z." über ihre Notiz. Ein wenig unverständlich. Hat sich die Direktion auf diese Art vor unserem Terror gerettet? Großzügiger packte die „Allgemeine Zeitung" die Sache an, wie es sich für ein Blatt der Großkapitalisten auch gehört, namentlich noch im Hinblick auf ihre Anpreisungen an allen öffentlichen und verschwiegenen Orten. Sie entsandte einen Sonderberichterstatter und ließ die beiden Steinmetzen, die eben die Schrift weggemeißelt hatten, von ihm interviewen. Zunächst brach der Zeitungsmann in den Ruf aus: „Heil dir im Siegerkranz", womit er wahrscheinlich den Steinmetz meinte, der gerade mit seiner Arbeit fertig war. Dann besann er sich auf den Zweck seines Daseins und frug, was nun an die Stelle der alten Inschrift hinkommen solle. Er war furchtbar enttäuscht über die Antwort. Vielleicht hatte er erwartet, daß dort das Bild des Besitzers des deutschen Nationalvermögens hinkommen sollte, Stinnes, wie er sich über Eisenbahn und Post mit ausgebreiteten Armen wirft, um auch diese noch zu ergattern, und war nun sehr enttäuscht, als er die Antwort: „Nicht!" erhielt. Er, der Interviewer des Steinmetz, wurde darüber ganz blaß und sprachlos. Er legte aus diesem Grunde seine simplen Gedanken einem anzüblich „rechtschaffenen alten Briefträger" in den Mund, der diesem staatspolitischen Gespräch beiwohnte. Dieser Briefträger drückte die Gedanken des Interviewers folgendermaßen aus:

„Kinder, macht euch bloß nicht lächerlich! Wenn ihr nicht besseres dafür hinkloppen könnt, dann laßt et doch, wie es is!"

Der Mann der „Allgemeinen Zeitung" hat die Steinmetzen in falschen Verdacht. Sie wissten schon, was sie dahinkloppen würden, nur der Mann, der darüber bestimmen soll, weiß „Nicht!" — oder will „nicht" wissen, während bei dem Berichterstatter auch „nicht" von eigenen Gedanken vorhanden ist. Darum schreibt er auch die Antwort „Nicht!" über seinen Aufsatz.

Als Fazit bleibt also nur — die Inschrift ist weg und auch die Schreiberei der Rechtspresse hat davon „Nicht!" „Gerettet."

Der rote Scherenschleifer.

Strafkammer.

Sonderbare „Gemeinwirtschaft" einer Hauswirtin! — Dirnenfrechheit.

Gegen ihre Verurteilung zu 150 Mark Geldstrafe wegen Diebstahls durch das Bitterfelder Schöffengericht hatte die Ehefrau Ida Schumann, Holzweißig, Einspruch erhoben. Es ergab sich aus der Zeugenvernehmung, daß die Angeklagte am 10. Oktober v. J. nachmittags Kohlen aus dem Stalle eines Mieters, des Baggerführers Krüger, gestohlen hat. Die bei der Tat getroffenen Vorkehrungen machen es wahrscheinlich, daß sie die dem K. schon öfters fehlenden Mengen „verbraucht" hat. Das Gericht will sich nicht von der Unschuld der Angeklagten überzeugen lassen, trotzdem sie ein ziemliches „Redetalent" entwickelt und verwirrt die Verhandlung.

Zwei Lohndirnen, die Frau Johanna Schwertfeger und Fr. Martha Sommer, folgten trotz polizeilichen Verbots einer zur Feststellung der Personalien zur Pol.-Hauptwache an der Dreyhauptstraße zu bringenden Kollegin. Erst wollten sie dieser eine Schürze als äußere Hülle übergeben. Die „Schönheit" verweigerte und folgte auch tatsächlich den Beamten in fast paradiesischer Bekleidung. Die beiden Angeklagten gingen trotz ihrer Zurückweisung an der Ecke ihrer Straße als ungebetene Begleiterinnen hinter dem imposanten Zuge her und ließen sich vernehmen. — Was sie mit ihrem Einspruch gegen eine 3tägige Gefängnisstrafe (als alte Verächterinnen der sie betr. Vorschriften) erreichen wollten, blieb eigentlich unklar. Das Gericht ließ es bei der Strafe.

Schöffengericht.

Eine „streitbare Amazone". — Auch eine „Gefährdung eines Eisenbahntransports".

Die Ehefrau Anna Stichling, Großkugel geriet am 6. Oktober v. J. auf dem Hofe aus ungeklärtem Anlaß mit einem Gesellen ihres Hauswirts in Streit. Weitere Anwesende lachten über die ergreifliche Erregung der Frau. Als aber die bejahrte Schwiegermutter des Wirtes in die Haustür trat und fragte, was los sei, schlug die Angeklagte sie mehrmals mit einem Blechgeschirr ins Gesicht, wodurch die alte Frau erheblich verletzt und auch ein Zahn ausgeschlagen wurde. Mit einem mitgeführten Messer — zum Rübenschneiden? — drang sie auf den Meister ein, als er seiner Schwiegermutter zu Hilfe kam und ihr die „Waffe" entfallen war. Dem Manne gelang es aber, den der Frau festzuhalten und größeres Unheil zu verhüten. Das nicht hält ihr eine gewisse Erregung zugute und verurteilt die Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung zu 200 Mark Geldstrafe bezw. 8 Tagen Gefängnis.

Der jugendliche Geschirrführer Anton R. wußte sich am 9. Dezember v. J. nicht recht zu helfen, als er einen Merseburger Fernbahnwagen an der Ecke der Lauchstädterstraße auftauchen sah und statt seine Pferde anzuhalten oder zur Seite zu lenken, fuhr er dicht vor dem Wagen über die Gleise nach der Schmiedstraße zu. Beide Fahrzeuge wurden glücklicherweise nur wenig beschädigt. Wer von den beiden Führern schuld war am Zusammenstoß, ließ sich — wie immer in solchen Fällen — nicht genau ermitteln. Das Gericht hielt zwar den Arbeitgeber des R. für verantwortlich, weil dieser einem so jungen Manne eine Pferdefuhrwerk im Stadtgebiet anvertraute, obgleich er nie zuvor in solcher Stellung gewesen war. Es verurteilte trotzdem den R. zu Geldstrafe von 25 Mark oder 1 Tag Haft. — Eigenartig mutet auch die Bezahlung des Jugendlichen an, der einen Wochenlohn von 50 Mark, neben Kost? und Wohnung? angibt. Sein Arbeitgeber ist der Fabrikant Georgi, Huttenstraße.

Schwarz-rot-gold und Major Gärtner.

Kommunistenfarben.

Nachdem sich die Monarchisten zum großen Teil die Kehle heiser geschrien und deren Preßtrabanten die Finger wund geschrieben haben, ohne dem Gen. Dölz etwas am Zeuge flicken zu können, versuchen sie jetzt zu retten, was zu retten ist. Jetzt möchten sie am liebsten einige andere republikanische Polizeibeamte zur Strecke bringen, wenn es schon nicht der Polizeidirektor Dölz selbst sein kann. Die Handhabe dazu sollte ihnen der Absatz 2 der von den Polizeibeamten am vorigen Montag angenommenen Resolution geben. Dieser Absatz verurteilt die Handlungsweise einzelner Offiziere, die den Treueid auf die Verfassung geleistet haben, aber doch bei jeder sich bietenden Gelegenheit die unterstellten Beamten offenkundig gegen die Republik beeinflussen. Zunächst versuchte man festzustellen, wer alles von der grünen Polizei an dieser Versammlung teilgenommen und der Resolution zugestimmt hatte. Als das so ziemlich unterbunden wurde, ging man auf andere Weise vor. Die Versammlungsleitung soll nun Beweise bringen, auf welche Offiziere dieser Absatz der Resolution zutreffe.

Wie mit allen anderen Mitteln, so werden die Reaktionäre auch hiermit Schiffbruch leiden. Wir stellen unter Beweis, daß Major Gärtner, als er im Juli vorigen Jahres vertretungsweise in der höheren staatlichen Polizeischule in Eichebo. Potsdam tätig war, im Unterricht die Reichsfarben schwarz-rot-gold als „Kommunistenfarben" bezeichnete. **Jeden, den er mit diesen Farben anträfe** — so sagte Gärtner — **würde er in den . . . . treten.**

Unter diesen Umständen wird dem Herrn Major auch nichts helfen, wenn seine Jackkumpane für ihn in die Bresche springen; es wird auch nichts helfen, daß man den „Preußischen Polizeibeamtenverband" vor den Karren spannen will. Und wenn man durchaus der Frage nach den, die Mannschaften gegen die Republik beeinflussenden Offizieren näher treten will, wir sind bereit, die Angelegenheit für den ganzen Regierungsbezirk aufzurollen. Es wird da manches für manchen Offizier Unangenehme zum Vorschein kommen.

Wie uns mitgeteilt wird, sind die Urheber jener Erklärung des „Preußischen Polizeibeamten-Verbandes", die besagt, daß sich jener Verband einer Stellungnahme zum Fall Gärtner enthält und die von der Rechtspresse zu einer Sympathiekundgebung für den beurlaubten Major ausgebeutet wurde, die Kriminalbeamten Nolte und Bähr, von der Schutzpolizei die beiden Vorsitzenden des grünen Verbandes Hendel und Hauptmann Bok. Es haben also nicht die ⅔ der Schutzpolizeibeamten diese Erklärung losgelassen.

Der neue Kohlenpreis für Halle.

In dem Mitteilungsblatt der Preisprüfungsstelle lesen wir: Am 28. Februar 1922 fand eine Sitzung des Vereins der Hallenschen Kohlenhändler statt, an der auch Vertreter der Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis und der Wuchersstelle teilnahmen, um zu der neuesten Erhöhung der Kohlenpreise und der Löhne und Unkosten Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war eine Erhöhung der Kohlenpreise um 10,50 Mk. für den Zentner, so daß die Preise a) bei Anfuhr von 5—9 Zentner 41 Mk., von 10—19 Zentnern 40,80 Mk., von 20—29 Zentnern 40,70 Mk., von 30 Zentnern und mehr 40,60 Mk. betragen, frei Gesuß zu ebener Erde nach der Innenstadt Halle, nach Cröllwitz, Trotha, Wölberg 1 Mk. gesetzt 80 Pfg. mehr; b) ab Platz der Händler mit Gleisanschluß 39 Mk., ohne Gleisanschluß 39,20 Mk. für den Zentner. Die Preise verstehen sich einschließlich Kohlensteuer ab 1. März.

Wie die Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis weiter mitteilt, bedingte die neue Preisfestsetzung eine Revision der bisher als Grundlage benutzten Kalkulation vom Februar 1921. Deshalb sei es notwendig geworden, eine Neuaufstellung der Einzelheiten, die am 28. Februar 1922 besprochen wurden, aufzustellen. Erst nach Fertigstellung dieser Berechnungen und erfolgter Genehmigung durch den Kohlenhändlerverein und die Preisprüfungsstelle werde diese ihre Zustimmung zu den neuen Preisen erklären.

Wir teilen die Preise trotzdem jetzt schon mit, weil sich an ihnen wohl nichts ändern wird. Denn die vom Reichskohlenverband und dem großen Ausschuß des Reichskohlenrats beschlossene Erhöhung ist in der Tat sehr bedeutend (110 Mk. für die Tonne für Braunkohle). Sie erfolgte einerseits auf die Forderung der Entente hin, den deutschen Kohlenpreis auf die Höhe des Weltmarktpreises zu bringen, von dem er jetzt nicht allzu weit mehr entfernt ist, denn infolge der erhöhten Löhne, der Frachten und der Absicht, durch die Preissteigerung Mittel zum Ausbau der Schächte und der Bergmannswohnungen zu gewinnen.

Durchbrechungen des Achtstundentages und der Tarifbestimmungen im Handels- und Transportgewerbe.

Die Arbeiterpresse sieht sich in der letzten Zeit öfter veranlaßt, gegen Verstöße, die sich gegen den gesetzlichen Achtstundentag richten, im Interesse der werktätigen Bevölkerung ins Feld zu ziehen, um wenigstens noch diese eine Errungenschaft der verflossenen Revolution hochzuhalten.

Diese Verstöße aber auch Vorstöße gegen die Verordnung vom 18. November 1918 sind nicht neu, sie häufen sich aber immer mehr, sodaß sie zu einer direkten Gefahr gegen den Achtstundenarbeitstag überhaupt werden. Die kapitalistischen Unternehmungsverbände und auch einzelne große und kleine Arbeitgeber marschieren an der Spitze. Die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung wirkt nicht genug auf ihre untergeordneten Organe ein, diesen Bestrebungen der Unternehmer Widerstand entgegenzusetzen.

Dazu sind vor allem noch die gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in der Lage. Leider sind sie aber nicht allmächtig und teilweise sogar machtlos, sofern es sich bei den Durchbrechereien um einzelne Betriebe handelt, wo ihre Organisationen keinen oder nur wenig festen Grund und Boden fassen konnten. Dies trifft in erster Linie mit in den Betrieben des Handels- und Transportgewerbes zu.

In diesen beiden Gewerben, wo es mehrere hundert Kleinbetriebe und nur wenige Mittel- oder Großbetriebe gibt, wird teilweise mit dem Achtstundentag wahres Schindluder getrieben, aber nicht nur von den betreffenden Betriebsinhabern, sondern leider von den daselbst beschäftigten Angestellten und Arbeitern. Wo das in Betrieben mit einer unorganisierten Arbeiterschaft geschieht, ist es bedauerlich, aber verständlich deshalb, weil der Arbeitgeber nach Gutdünken schalten und walten kann. Wenn dies aber in Betrieben, wo die Beschäftigten zu einem Teile oder allgemeinen ihren gewerkschaftlichen Organisationen angehören, vor sich geht, da ist ein solches Durchbrechen, oder ein Gefallenlassen solcher gesetzwidriger und aus vielen anderen Gründen heraus sinnwidrigen Maßnahmen direkt unverständlich und unbedingt zu verurteilen. Hier sind es eben die Beschäftigten selbst, die aus meistens materiellem Handeln diesen Verstößen Vorschub leisten. Anstatt ihren zuständigen Gewerkschaftsleitungen davon Meldung zu machen, damit diese einschreiten kann, sieht man davon ab und zwar gewöhnlich absichtlich. Erfahren nun die Organisationsleiter unter der Hand davon und stellten die betreffenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Rede, dann wird gewöhnlich alles abgestritten, oder nach allen Regeln der Kunst zu beschönigen gesucht. Was nützen nun aber bei solch verwerflichen Handeln die gesetzlichen und auch die tariflichen Bestimmungen, wenn sie absichtlich und ohne jedweden gewichtigen Grund durchbrochen werden? Begreifen denn die solcher Art handelnden Arbeiter und Angestellten nicht, daß sie sich selbst und auch die Allgemeinheit ihrer Klassengenossen schädigen und den Arbeitgebern und auch noch weiteren Kreisen damit Tür und Tore öffnen, um dem Achtstundenarbeitstage usw. den Garaus zu machen? Wie weit man sich in mehreren Betrieben schon vom Achtstundentag entfernt hat, beweist z. B. ein Fall, der sich in der Rohproduktenhandlung von Albert Bode jr., hier — gr. Klausstraße, seit langer Zeit abspielt. Für den Händler Bode hat die Verordnung vom 18. November 1920 überhaupt wenig oder garnicht existiert, denn seit Jahr und Tag werden dort täglich 10 Stunden gearbeitet. Daß dieser Arbeitgeber auch nicht um tarifliche Abmachungen kümmert, sei nur nebenher erwähnt. Auch dieser Fall ist der zuständigen Gewerkschaftsleitung erst jetzt von dritter Seite zu Ohren gekommen und ist sofort dem Gewerbeaufsichtsrat Kenntnis von dieser staatbaren Verletzung gesetzlicher Bestimmungen gemacht worden. Es würde im übrigen garnicht unangebracht erscheinen, wenn sich die Gewerbeaufsichtsbeamten einmal unaufgefordert in den Betrieben des Handels- und Transportgewerbes zeigen würden. Sie hätten dort sicher Gelegenheit wahrzunehmen, wie die Arbeitgeber inbezug auf die Einhaltung fast aller gewerblich-gesetzlichen Bestimmungen fehlen. Den Arbeitnehmern aller Art in diesen Betrieben aber rufen wir zu: „Erkennt, daß Ihr Euch und die Allgemeinheit schädigt, wenn Ihr so weiterhandelt und so weiter mit Euch handeln laßt. Meldet alle Durchbrechungen der tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen Eurer zuständigen Organisationsleitung und sorgt dafür, daß alle Unorganisierten mit zugeführt werden, damit eine gemeinsame Abwehr aller Uebergriffe der Arbeitgeber vor sich gehen kann. Der Achtstundenarbeitstag vor allem muß Euch ein heiliges Vermächtnis sein und bleiben!"

Deutscher Transportarbeiterverband
Verwaltungsstelle Halle/S.

Die Forderungen der Sozialrentner.

Gestern vormittag hatten sich in erheblicher Anzahl auf Einladung des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen meistens grauhaarige Männer und Frauen, Rentenempfänger aller Art, eingefunden. Auch sie müssen sich wehren gegen die äußerste Not und das unermeßliche Elend, daß die Geldentwertung und damit die Entwertung ihrer allzu knappen Renteneinkünfte mit sich bringt. Reinh. Schönlank referierte über die Neuregelung der Rentenzuschläge, deren praktische Durchführung in den Händen der städtischen Verwaltung liegt. Die Anträge auf Erhöhung der Rente brauchen danach nicht bei der Fürsorgeabteilung für Sozialrentner eingereicht werden, sondern auf den einzelnen Polizeirevieren, an der Stelle, die die Unterschriften der Rentenquittungen bestätigt. Die Diskussion zeigte, daß die Interessen der Rentner nicht immer konform laufen. Namentlich fehlte es nicht an Angriffen auf die kleinen Kapitalrentner. Angriffe, die aber der Referent im Schlußwort zurückwies. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 5. März 1922, vormittags 10 Uhr, im Volkspark tagende stark besuchte öffentliche Versammlung der Sozialrentner erwartet von der Reichsregierung, daß sie umgehend eine [illegible] Erhöhung der Invaliden-, Witwen- und Unfallrenten aufhebt, und allen Erwerbsunfähigen und Erwerbsbeschränkten zumindestens die Sätze der Erwerbslosenunterstützung zahlt.

Erhöhung der Hundesteuer. Der Magistrat beabsichtigt die Steuer auf die Hunde zu erhöhen. Der erste Hund soll mit 300 Mark, der zweite mit 500 Mark Steuern belegt werden. Aus der Begründung seiner Absichten, die der Magistrat den Stadtverordneten hat zugehen lassen, teilen wir mit: Die Finanzlage der Stadt fordert unbedingt die äußerste Anspannung aller Einnahmemöglichkeiten. Unter diesen erscheint die Hundesteuer als besonders geeignet für eine angemessene Erhöhung. Daß die vorgeschlagene Erhöhung der Steuer auf 300 M. für den ersten Hund durchaus angemessen ist, ergibt sich aus der Erwägung, daß die Steuer künftig das Zehnfache des Steuersatzes ausmachen soll, der vor dem Kriege bestand, gegenüber einer Geldentwertung, die sich mindestens bis zum 18—20fachen gesteigert hat. Würde die Steuer der Geldentwertung vollständig folgen, so müßte sie statt 300 M. 600 M. betragen. Die Gründe, die im übrigen für die Erhöhung der Hundesteuer sprechen, brauchen an dieser Stelle kaum nochmals erörtert werden. Die sonst von uns vorgeschlagenen Aenderungen der Steuerordnung bedürfen keiner Erläuterung. Der Mehrertrag der Steuer wird auf 700 000 Mk. geschätzt.

Vortrag des Gartenbauvereins Halle a. d. S. Mittwoch, den 8. März, findet abends 8 Uhr, ein Vortrag von Herrn Kantor A. Jost, Niemberg über „Imkerei" im Hörsaal des landwirtschaftlichen Instituts der Universität, Ludwig-Wucherer-Str. 2, statt. Gelegentlich dieser Veranstaltung werden eine Reihe von Pflanzen verlost. Es sei auf diesen außerordentlich bedeutungsvollen Vortrag über Bienenzucht hingewiesen.

Unhold. Gestern nachm. wurde in den Anlagen auf den Kröllwitzer Höhen ein Kassenbote wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen festgenommen.

Altersschwache Mauer. Am 4. 3. 1922 nachm. stürzte in der Kl. Gosenstraße eine Gartenmauer infolge Baufälligkeit ein. Personen wurden nicht verletzt.

Stadttheater. Morgen, Dienstag, abends 7½ Uhr, gelangt das Lustspiel „Im weißen Röß'l" zur Aufführung. Mittwoch und Freitag nachmittag öffentliche Vorstellungen. Donnerstag und Sonnabend wird die Oper „Mignon" wiederholt. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Die Anna-Lise", Sonntag abend Erstaufführung „Der Schicksalsag", Oper in drei Aufzügen von Halevy, neubearbeitet von Wilhelm Kleefeld.

Freie Volksbühne. Thalia-Theater. „Macht der Finsternis." Spieltage: A: Montag, den 6., B: Mittwoch, den 8., C: Donnerstag, den 9., D: Sonnabend, den 11., E: Montag, den 13., F: Mittwoch, den 15., G: Donnerstag, den 16., H: Montag, den 20. März 1922.

— **Ammendorf.** Auf Veranlassung des Gaswerks wurden im vergangenen Monat von einer Kochlehrdame, Frl. Rühlmann aus Leipzig, die diesseitigen Gasabnehmer über die Verwendung des Gases im Haushalt aufgeklärt. Die Dame fand überall bei den Hausfrauen freundliche Aufnahme und wird dieselbe zum Abschluß ihrer Tätigkeit hierselbst zwei öffentliche Vorträge halten, wozu auch Nichtkonsumenten gern gesehen werden. Wir verweisen auf den Inseratenteil.

Voraussichtliches Wetter. (Dienstag): Mild, wechselnd bewölkt, mäßiger Regen.
Mittwoch: Wolkig, zeitweise heiter, mild, etwas Regen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220306-19/fragment/page=0005

Provinz und Umgebung.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Merseburg. Ortsausschuß des ADGB. Der Donnerstagssitzung lag nur eine wenig umfangreiche Tagesordnung vor, die allerdings bedauerlicher Ereignisse wegen nicht einmal erledigt werden konnte. Anwesend waren 31 Delegierte und 5 Gäste. Nicht vertreten waren die Verbände der Maschinisten und Heizer, Friseure, Bergarbeiter, Verkehrsbund, Tabakarbeiter, Polierbund, Glaser, Dachdecker und das Sportkartell. Die Sitzung mußte mit viertelstündiger Verspätung eröffnet werden, da ein Teil der Delegierten um ½8 Uhr noch nicht anwesend war. Es ist sehr zu wünschen, daß hierin eine Wendung zum Besseren eintritt. Die Berichterstattung hatte ihren Delegierten um die Vorstandsadressen mitgeteilt, eine ganze Reihe von Gewerkschaften fehlt noch. Der Vorstand des Ortsausschusses hat sich in die zu erledigenden Arbeiten eingeteilt, um eine intensivere Bearbeitung der einzelnen Gebiete damit zu erreichen. So hat Koll. Seyfarth den Verkehr mit den Behörden zu erledigen, Koll. Hennig bearbeitet alle gewerkschaftlichen Bewegungen und Veranstaltungen, Koll. Lingnau die Kassengeschäfte, die Koll. Wolf und Wäbner Bildungs- und Betriebsrätefragen, Koll. Geck Bibliotheksangelegenheiten, Koll. Tünschel Preiskontrolle und Statistik, die Koll. Pruß und Wetzel Lokalfragen. Für die Betriebsräte wird vom Bezirkssekretariat sehr wertvolles Material über einschlägige Fragen herausgegeben, welches zur Beschaffung dringend empfohlen werden kann. Für das hiesige Gewerbegericht ist beim Regierungspräsidenten ein dritter Vorsitzender durch den Ortsausschuß beantragt worden, vorgeschlagen wurde der Rechtsanwalt Dr. Benkert. Koll. Hennig gab sodann Bericht über die im vergangenen Monat stattgehabten Lohnbewegungen in der Metall-, Bau und chemischen Industrie, im Bergbau und in der Landwirtschaft. Die steigende Teuerung hat eine Unzahl von Verhandlungen notwendig gemacht, die im allgemeinen nicht unwesentliche Verbesserungen mit sich brachte, aber in Kürze wieder überholt sein werden. Er gab weiter einen kurzen Ueberblick in bezug auf den Eisenbahnerstreik. An der Diskussion beteiligten sich eine Reihe von Kollegen, die die Ausführungen Hennigs noch ergänzten oder sich mit grundsätzlichen Fragen befaßten.

Groß-Kayna. Wenn wir schreiten Seit' an Seit'. Am Sonntag, den 5. d. M. kam, sah und sang sich die Hallische Arbeiter-Jugend in die Herzen der hiesigen Einwohner. Im großen Ohmeschen Saale entfaltete sich am Nachmittage ein lebhaftes Treiben, durch welches erst einige Jungens und Mädels aus unserem Orte herbeigelockt wurden. Die anderen, die sich erst nicht in den Saal getrauten, faßten Mut, und nach und nach füllte sich derselbe. In zwangloser Folge wechselten Volkstänze mit Spielen ab. Den Höhepunkt des lustigen Bildes brachte der Abend. Die in ungezwungener Weise vorgetragenen Gedichte Gesänge und Schaustücke ernteten reichen Beifall. An der Groß-Kannaer Jugend liegt es nun, daß auch hier eine Ortsgruppe der Arbeiter-Jugend ins Leben tritt. Jungens und Mädels auch in Groß-Kayna macht auch frei von dem öden, geistlosen Klimbim der heutigen Gesellschaftsordnung und kommt zur Arbeiterjugend. Wenn die Jugend ihre zukünftige Aufgabe erkennt, dann wird und muß der Aufbau einer neuen, einer Menschheitskultur gelingen. — Das Ergebnis der Veranstaltung war, daß sich eine ganze Reihe der anwesenden Jugendlichen zur Aufnahme in den Arbeiter-Jugendverein meldeten. Weitere Anmeldungen nimmt der Gen. Faulring entgegen. Der Termin der ersten Zusammenkunft wird noch bekannt gegeben.

Zeitz. Die Wolgaspende aus der Diele. Unsere „3. N. N." melden am 3. März: Für die hungernden Wolgadeutschen gingen ein: Durch den versagten Genuß von Zigarren und Dielenbesuch gesparte Geld 65 Mark. Wenn das unsere hungrigen Brüder an der Wolga wüßten, würden sie mürrisch auf die 65 Mark verzichten. Denn eine große Entbehrung werden sie wohl dem Dielenbesucher nicht zumuten. Uebrigens ist es lächerlich, mit 65 Mark auf eine Diele zu gehen. Ich danke dir Gott, daß ich nicht bin wie andere Menschen, Mörder, Diebe, Ehebrecher oder diese Dielenbesucher.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Eisleben. Angestelltenversammlung. Am 2. d. M. fand die übliche Monatsversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Eisleben, statt, welche von den Kolleginnen und Kollegen gut besucht war. Der laufende Geschäftsbericht zeigte, daß ein großes Pensum Arbeit geleistet werden muß, wenn alle Eingänge glatt erledigt werden sollen. Der Kassierer konnte zur Freude der Anwesenden berichten, daß wiederum die Zahl der Mitglieder erheblich gestiegen ist. Da der erste Vorsitzende krankheitshalber zurücktreten ist, wurde Kollege Henke einstimmig als Nachfolger gewählt und Kollege Lasch für Kollegen Henke als Schriftführer. Kollege Dörre gab einen kurzen Bericht über die Stellungnahme der Afa zum Bergarbeiterstreik. In der lebhaften Debatte, die sich hieran anschloß, kam vor allen Dingen zum Ausdruck, nun endlich das Afa-Kartell gut auszubauen, damit eine Organisation geschaffen wird, die in jeder Situation den geeinten Willen der freien Angestellten zum Ausdruck bringt. Kollege Dörre teilte ferner mit, daß die Afa mit neuen Gehaltsforderungen an die Gewerkschaft herangetreten ist. Kollege Henke sprach sodann über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen. Die gesamten Arbeitnehmerorganisationen haben über 12 Millionen Mitglieder und davon über 9 Millionen Freigewerkschafter. Unser Verband zählte am Schlusse des Jahres 1921 372 0000 Mitglieder und ist somit die größte Angestelltengewerkschaft. Müssen sich angesichts dieser Zahlen die log. Fachgewerkschaften nicht endlich sagen, daß sie in dem großen Kampfe der Arbeitnehmer ein Nichts sind. Wir erinnern nur an die Reichsgewerkschaft der Beamtenangestellten und die Reichsgewerkschaft der Behördenangestellten, welche vielleicht je 12 000 Mitglieder zählen. Doch auch jenen Kollegen aus den Fachgewerkschaften, welche heute noch nicht erkennen wollen, das dem geeinten Arbeiterblock die geschlossene Phalanx der Arbeitnehmer gegenüberstehen muß, rufen wir zu: Heraus aus den Harmonieverbänden, hinein in die Freien Gewerkschaften, damit die Kopfarbeiter, Beamte und Angestellten vereint mit dem großen Bruder Handarbeiter die wirtschaftlichen Kämpfe führen! Aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag eingebracht, anschließend an jede Monatsversammlung ein gemütliches Beisammensein folgen zu lassen damit die Kollegenschaft sich familiär etwas näher kennen lernt, was von dem Vorstand gern zugesagt wurde. Die Jugendgruppe will versuchen, ein Jugendgewerkschaftskartell zu gründen und hat um Unterstützung der älteren Kollegen. Um 11 Uhr wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Sangerhausen. Der Tod zwischen den Puffern. In der hiesigen Aktienmalzfabrik geriet die 18jährige Arbeiterin Martha Denke zwischen die Puffer zweier Güterwagen. Die schweren Verletzungen führten den sofortigen Tod der Unglücklichen herbei.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Kommunistische Unfähigkeit. Die neulich in der „Volksstimme" veröffentlichte schöne Rede des Bürgermeisters Roloff auf den entflohenen Kriegsverbrecher Oberleutnant Dittmar führte zu einer scharfen Auseinandersetzung in der letzten Stadtverordnetensitzung. Unsere Genossen, die den Antrag auf Besprechung der Angelegenheit eingebracht hatten, gingen scharf mit dem Herrn Bürgermeister, der doch auf die Verfassung verpflichtet ist, ins Gericht. Auch die Bürgerlichen verurteilten das Verhalten des Bürgermeisters aufs schärfste. Wo blieben aber die Helden der äußersten Linken? Draußen reißen sie ihren Mund sperrangelweit auf, aber hier hüllen sie sich dauernd in Schweigen, einfach weil sie zu unfähig sind, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Die Arbeiter erkennen trotz alles Geschreies der Kommunisten aber immer mehr, wer für sie den Kampf führt. Mag der „Klassenkampf" auch weiter schwindeln von Massenaustritten aus der SPD. usw. Wir wissen ganz genau, daß diese Helden nach Moskauer Rezept das Blaue vom Himmel herunterschwindeln müssen; nur um die eigene Schwäche zu verdecken.

Naumburg. Vom Feuer erfaßt. In Flammen gehüllt wurde hier die junge Arbeiterin Helene Michael. Sie kam mit ihren Kleidern der Feuerstelle zu nahe. Mit schweren Brandwunden bedeckt, mußte sie dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden.

Rohbach b. Naumburg. Ein gefährlicher Volkserzieher. Der Artikel 148 der Verfassung schreibt vor, daß in allen Schulen sittliche Bildung im Geiste der Völkerverjöhnung zu erstreben ist. Von diesen Artikeln scheinen aber viele unsrer Pädagogen an höheren und an Volksschulen, trotzdem sie auf die Verfassung vereidigt sind, nichts zu wissen, so auch der Lehrer in Rohbach bei Naumburg. Er benützte die Gelegenheit, gleichviel ob es in der Geographie oder in der Geschichte ist, im Anschluß an Kriegsbetrachtungen im chauvinistischen Sinne auf die Kinder einzuwirken. Wie soll es dieser Herr treiben, geht daraus hervor, daß es sogar rechtsstehenden Kreisen zuviel wird, auch sie erklären diese Art von Unterricht für Unfug. Es mag heute bei dieser Warnung bleiben, wir werden aber weiter scharf aufpassen.

Carsdorf a. U. Gegen die Landbündlerdemagogie. In unserer Gegend macht sich die demagogische Hetzarbeit der Deutschnationalen und der Landbündler recht bemerkbar. Das schlimmste ist, daß die kleinen Bauern zum Teil noch so töricht sind, sich als Vorspann der Großagrarier mißbrauchen zu lassen. Darum war es gut, daß am 1. März ein Aufklärungsvortrag von unserer Seite gehalten wurde. Genosse Schulze-Naumburg sprach in ca. zweistündigen fesselnden Ausführungen über die gegenwärtige politische Lage, in denen er vor allem die Politik der Rechtsparteien brandmarkte. Mit dem Appell an alle Glieder der arbeitenden Bevölkerung, gleichviel, ob sie Beamte, Arbeiter, Handwerker oder Kleinbauern seien, sich zusammenzuschließen gegen die Ausbeutung der Großagrarier und der Schwerindustrie, und sich mit der Sozialdemokratie in Reih und Glied zu stellen, schloß Genosse Schulze seine packenden Ausführungen. Die Partei hat auch in dieser rein ländlichen Gegend in der letzten Zeit erfreulichen Zuwachs erhalten.

Bitterfeld—Delitzsch.

Bitterfeld. Totgedrückt. Totgedrückt wurde im nahen Zschernitz der 24jährige Zimmergeselle Karl Kiesche aus Rennewitz. Beim Einsturz der Zimmerwerkstatt des Zimmermeisters W. Pobbig befand er sich in dem Gebäude.

Delitzsch. Frauenversammlung. Am 1. März hielt Genossin Roperi (Halle) in einer gut besuchten öffentlichen Frauenversammlung einen Vortrag über Mittel und Wege zur Verhinderung der heimlichen Abtreibung. Es handelt sich dabei um die §§ 218—220 des StrGB. Gen. Roperi wies an verschiedenen treffenden Beispielen das Unheil, das durch diese Paragraphen entsteht, nach. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an: „Die im Fürst Bismarck versammelten Arbeiterfrauen haben Kenntnis genommen von dem Antrag der Frau Bohm-Schuch. Sie fordern Ueberweisung des Antrags an den Bevölkerungsausschuß zur weiteren Bearbeitung."

— Fleischpreise. Die Fleischerinnung hat, nach einer Anzeige in der „Delitzscher Zeitung", sich infolge der hohen Viehpreise zu einer Erhöhung der Fleischpreise veranlaßt gesehen. Es kosten jetzt: Rindfleisch: 20 Mark, Rindfleisch o. K. 24 Mark, Kalbfleisch 22 Mark, Schweinefleisch 28 Mark.

— Stadtverordnetenwahl. Die Verhandlungen der drei sozialistischen Parteien sind nun in der Frage der kommenden Wahl zu Ende geführt. Da die KPD. wahrscheinlich in Beeinflussung durch außen an ihren 10 Punkten festhalten zu müssen glaubte, sind die vielen Verhandlungen ergebnislos geworden. [illegible] wurden. Die entzündigen Vorbereitungen der Wahl werden am Sonnabend, dem 11. März in unserer Mitgliederversammlung getroffen werden. Wenn es die Zeit erlaubt, wird Gen. Schwahn auch noch einen Vortrag über Lassalle halten.

Grüfenhainichen. Radiater Hausbesitzer. Seine Mieterin L. K. persönlich hinausgeworfen hat der Hausbesitzer Korbmacher L. in der Dübener Straße. Selbiger hat in letzter Zeit die Mieterin in größter Weise schikaniert, wie von dieser polizeilich zu Protokoll gegeben wurde. Ihr wurde zu diesen Malen gesagt, sie solle die Wohnung frei machen, damit er sich Logisleute nehmen könne, denn dabei käme er bedeutend besser weg. (Das glauben wir ihm gern, das möchten noch manche Vermieter tun, aber zum Glück der Mieter haben wir ja die Wohnungsmangel-Verordnung, sonst säße wohl manche Familie auf der Straße.) L. verlangte jetzt bei Bezahlung der Miete Erhöhung, was Frau L. K. ablehnte, worauf sie von L. persönlich angegriffen und hinausgeworfen wurde. Als Schikane schaltete ihr daraufhin der liebenswürdige Herr L. um 8 Uhr das Licht ab und mußte die Mieterin sich im Dunkeln entkleiden und dann das Tageslicht abwarten, um sich morgens wieder anzuziehen und ihr Kind. Sie konnte also ihre Arbeitsstätte zur gewohnten Zeit nicht aufsuchen, die noch dazu 1¾ Stunde entfernt liegt. Genannte Mieterin erschien um polizeilichen Beistand. — Dieser Fall steht jedoch wohl nicht als einziger da. Auf die Not der einzelnen Mieter wird oftmals keine Rücksicht genommen. Sie müssen manches einstecken, denn sie sind in letzten Endes nur die Geduldeten. Wenn man auch sagt „Ein gutes Wort findet einen guten Ort", so gehört doch manchmal im Gegensatz hierzu „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil". Bei manchem Hausbesitzer, der allzusehr den Herrenmenschen herauskehrt, wäre ein „Grobian" als Mieter am Platze.

Wittenberg.

Wittenberg. Einbrüche. Die Einbruchsdiebstähle in unserer Stadt mehren sich wieder einmal in erschreckendem Maße. Erst vor einigen Tagen haben wir von den Einbrüchen in den Fahrzeugwerken und beim Schuhmachermeister Peschel berichtet. Am Dienstag abend wurde in der Steingutfabrik einer großen Treibriemen im Werte von 30 000 Mk. gestohlen, wodurch drei Abteilungen des großen Betriebes stillgelegt wurden. Als Täter in diesem Falle wurde ein Steingutbrenner, ein Kaufmann und ein Monteur ermittelt und festgenommen. Auch der Treibriemen konnte unbeschädigt herbeigeschafft werden. — In der Nacht zum Freitag wurde in das Lager der Firma Schröter & Schelle eingebrochen und Zigaretten, Seife und Büchsenwürstchen im Werte von etwa 8000 Mk. gestohlen. Im letzteren Falle fehlt von den Tätern jede Spur.

Wittenberg. Ein bestrafter Beleidiger. Der bekannte Zigarrenhändler „Privatverkehrs-Direktor" und Hafenkreuzerhäuptling Robert Mühlpfordt aus Wittenberg, der das berühmte große Hakenkreuz an seinem Grundstück am Eingange zur Stadt anmalen ließ, wurde am Donnerstag vom Wittenberger Schöffengericht wegen verleumderischer Beleidigung des Wittenberger Landrats zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Mühlpfordt hatte in einer öffentlichen Versammlung des Vereins zur Besprechung städtischer Angelegenheiten behauptet, der Landrat habe veranlaßt, daß Mühlpfordt während des Krieges „k. v." geschrieben wurde, weil er (Mühlpfordt) gegen den Landrat vorher eine Wucheranzeige erstattet hatte, da die Lebensmittelverteilungsstelle des Kreises Zucker zu teuer abgegeben hatte. Mühlpfordt behauptet zwar, daß er nicht den Landrat persönlich, sondern als Behörde gemeint habe. Das Gericht sieht aber eine persönliche Beleidigung des Landrats als erwiesen an und erkannte auf die obenerwähnte Strafe. Im Nichtbeitreibungsfalle werden für je 50 Mark 1 Tag Gefängnis gerechnet.

— Aus den amtlichen Bekanntmachungen. Die Polizeiverwaltung gibt bekannt, daß auf die Schornsteinfegergebühren 30 Prozent Aufschlag, rückwirkend vom 1. Januar 1922, erhoben werden. — Der Magistrat teilt mit, daß die Leitung der hiesigen Fortbildungsschule dem stadt. Handels- und Gewerbelehrer Alfred Bohn übertragen worden ist. — Ferner macht der Magistrat bekannt, daß Wohnungstausche nach vorheriger Beibringung von Einverständniserklärungen der in Frage kommenden Hauswirte nur mit Genehmigung des Wohnungsamtes stattfinden dürfen.

Kemberg. Von der städt. Sparkasse. Bei der Stadtsparkasse gingen im Februar 372 891 Mk. als neue Einlagen ein (1921 = 236 136 Mk.), zurückgezahlt wurden 240 796 Mk. (1921 = 128 823 Mk.). Die Gesamteinnahme bezifferte sich auf 372 736 Mk. (1921 = 330 625 Mk.), die Gesamtausgabe auf 278 100 (1921 = 256 095 Mk.), was einen Geldumsatz von 645 837 Mk. (1921 = 586 920 Mk.) ergibt. — Bei der Girokasse wurden im Februar 904 868 Mk. eingezahlt (1921 = 188 487 Mk.) Die Giroüberweisungen betrugen 626 906 Mk. (1921 = 172 419 Mk.). Der Umsatz betrug 1 610 050 Mk. (1921 = 375 669 Mk.) Die Kontenzahl ist auf 104 gestiegen.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Falkenberg. Von der Kreisarbeitsnachweisstelle. Ueber die Tätigkeit der hiesigen Kreisarbeitsnachweisstelle, welche im Amtszimmer des Amtsvorstehers (Gemeindeamt) untergebracht ist, wird uns mitgeteilt: „Im Monat Februar wurden vermittelt: 41 Arbeiter, 2 Erkrechungsbeamten, 1 Hilfsmonteur. Fast sämtliche gemeldeten offenen Stellen konnten besetzt werden. Große Nachfrage herrscht nach gelernten Bauhandwerkern. In der weiblichen Abteilung werden Hausmädchen für landwirtschaftliche Betriebe dauernd angefordert, doch konnten im Monat Februar offene Stellen noch nicht besetzt werden. Zur Zeit sind folgende offene Stellen zu besetzen: 1 Gärtnerlehrling, 30 Maurer, 3 Hausmädchen für Landwirtschaft. Arbeit suchen: 1 landwirtschaftlicher Arbeiter, 1 Maler. In der weiblichen Abteilung sind Arbeitsuchende nicht vorgemerkt." Wenn man die Zahl der Vermittlungen ansieht, kann man wohl sagen, daß die Tätigkeit der mit den sämtlichen Arbeitsnachweisen der Provinz Sachsen und deren Melde- und Nebenstellen dauernd in Verbindung stehenden hiesigen Meldestelle des Kreisarbeitsnachweises Liebenwerda eine sehr gute ist. Da die Vermittlung der sämtlichen Arbeitsnachweise eine vollständig kostenlose ist, kann nicht dringend genug geraten werden, sämtliche offene Stellen stets unverzüglich zu melden.

Löbsten. Diebe in der Räucherkammer. In der vergangenen Sonntagnacht stiegen Diebe bei dem Schumachermeister Schürzel ein und ließen das Geräucherte mitgehen. Ein Fallenberger Polizeihund konnte nichts ausrichten, da er mehrere Spuren verfolgte. Den Dieben ist es leicht gemacht worden, da die Schuhmacherfamilie zur Fastnachtsfeier gegangen war und die Fenster zur Wohnung offen stehen ließ.

Aus der Jugendbewegung.

Märzprogramme der Arbeiter-Jugend-Vereine.

Halle.

Gruppe Nord (Giebichensteiner Volksschule): Donnerstag, den 2., Vortrag über eine Fahrt durch Thüringen; Sonntag, den 5., Agitation und Restabend; Donnerstag, den 9., Leseabend; Sonntag, den 12., Theaterbesuch und Restabend; Donnerstag, den 16., Vortrag über „die Welt in Farben"; Donnerstag, den 23., Lieder- und Diskutierabend; Sonntag, den 26., Nachmittagsfahrt in die Röpziger Berge; Donnerstag, den 30., Vortrag über das Schicksal der Völker.

Gruppe Zentrum (Mozartheim, Weidenplan): Freitag, den 3., Vortrag: „Ein Tag im Parlament"; Sonntag, den 5. Nachmittagspiele am Galgenberg; Freitag, den 10., Vortrag über die Entwicklung der gewerblichen Betriebsformen; Sonntag, den 12., Halbtagsfahrt nach dem Birkenwäldchen; Freitag, den 17., Besuch der öffentlichen Versammlung des Jugendkartells; Freitag, den 24., Bunter Abend; Sonntag, den 26., Fahrt in den Frühling. Freitag, den 31., Erzählung über eine Fahrt ins Tiroler Land.

Gruppe Süd (Torschule): Donnerstag, den 2., Liederabend; Sonntag, den 5., Halbtagsfahrt nach der Bischofswiese; Donnerstag, den 9., Vortrag über den Revolutionsmonat März; Sonntag, den 12., Vormittag, Besuch des Provinzial-Museums, Restabend; Donnerstag, den 16., Vortrag über den literarischen Schund und seine Bekämpfung; Donnerstag, den 23., eine Frühlingsfeier; Sonntag, den 26., Tagesfahrt nach Neu-Ragocze; Donnerstag, den 30., Vortrag über die Entwicklung der gewerblichen Betriebsformen.

Gemeinsame Veranstaltungen: Sonntag, den 5., Tagesfahrt nach Crostayna; Sonntag, den 19., Werbefahrt nach Giersleben; Montag, den 13., Handarbeitsabend der Mädchen im Morzartheim; Freitag, den 17., Teilnahme an der öffentlichen Jugendversammlung in der Aula des Reformrealgymnasiums, Friesenstraße.

Jeden Montag finden gemeinsame Turn-, Spiel- und Volkstanzabende in der Turnhalle der Giebichensteiner Schule (Eingang Friedenstraße) statt.

Die Musikgruppe übt regelmäßig jeden Mittwoch abend im Mozartheim, Weidenplan.

Das Mozartheim, Weidenplan, ist außer Sonnabend und Sonntag von 7—10 Uhr geöffnet.

Der Vorstand.

Merseburg.

Mittwoch, den 1. März: Volksliederabend. Freitag, den 3., Leseabend (Theaterstück). Sonntag, den 5.: Zusammenkunft im Heim. Mittwoch, den 8.: Lese- und Diskussionsabend. Freitag den 10.: Theaterprobe. Sonntag, den 12.: Halbtagstour (Treffpunkt 2 Uhr „Herzog Christian"). Mittwoch, den 15.: Liederabend. Freitag, den 17.: Mädchenabend. Sonntag, den 19.: Theaterprobe im Heim. Mittwoch, den 22.: Unterhaltungs- und Spielabend. Donnerstag, den 23.: Funktionärsitzung. Freitag, den 24., Leseabend (Theaterstück). Sonntag, den 26.: Tagesfahrt ins Blaue. Mittwoch, den 29.: Mitgliederversammlung. Freitag, den 31.: Vorlesung. Gäste sind jederzeit herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Naumburg.

Montag, 6. März: Mitgliederversammlung; Donnerstag, 9. März: Liederabend; Sonntag, 12. März: Tageswerbefahrt nach Eckartsberga; Montag, 13. März: Vortragsabend; Donnerstag, 16. März: Spielabend; Sonntag, 19. März: Halbtagesfahrt (Knabenberg). Montag, 20. März: Vortrag des Gen. Winkler; Donnerstag, 23. März: Spielabend; Sonntag, 26. März: Halbtagesfahrt ins Blaue; Montag, 27. März: Volksliederabend; Donnerstag, 30. März: Spielabend; Sonnabend, 1. April: Frühlingsfeier.

Für unsere Jugendwerbewoche vom 26. März bis 1. April ist folgendes Programm vorgesehen: 26. März: Tanzen und Spielen auf dem Knabenberg; 27. März: Volksliederabend; 28. und 29. März: Agitation einzelner Gruppen; 30. März: Spielabend (Gesellschaftsspiele); 31. März: Agitation für die Frühlingsfeier; 1. April: Frühlingsfeier (voraussichtlich Mittelschulsaal).

Der Vorstand.

Wittenberg.

Donnerstag, 9. März: Bericht über den Jugendleiterkursus in Delitzsch. Donnerstag, 16. März: Entstehung und Bedeutung des deutschen Arbeiterstandes. Vortrag. Donnerstag, 23. März: Rezitationsabend. Donnerstag, 30. März: Generalversammlung.

Für die Sonntage sind Spiel, Turnen und Wanderungen vorgesehen. Beschlußfassung darüber in den regelmäßigen Zusammenkünften.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220306-19/fragment/page=0006